



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Der Ombudsman: Vergleichender Überblick
zwischen dem Vereinigten Königreich, Frankreich
und Österreich und dessen sprachlich
terminologische Analyse“

Verfasserin

Maria Magdalena de Tornos

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie

Wien, im September 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 324 331 342

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Übersetzerausbildung

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Gerhard Budin

Einführung	4
1 Das Ombudsman-Wesen.....	6
1.1 Etymologie und Benennung	6
1.2 Was ist ein „Ombudsman“?	7
1.3 Geschichte und Entwicklung.....	8
2 Der Ombudsman im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Österreich.....	10
2.1 Vereinigtes Königreich.....	11
2.1.1 Benennung	11
2.1.2 Geschichte des UK Parliamentary Commissioner.....	11
2.1.3 Der UK Parliamentary Commissioner und die Organisation des Amtes .	12
2.1.4 Tätigkeitsbereich des UK Parliamentary Commissioner.....	13
2.2 Frankreich.....	16
2.2.1 Benennung	16
2.2.2 Geschichte des Médiateur de la République.....	17
2.2.3 Der <i>Médiateur de la République</i> und die Organisation der Institution.....	17
2.2.4 Tätigkeitsbereich des <i>Médiateur de la République</i>	19
2.3 Österreich	21
2.3.1 Benennung	21
2.3.2 Geschichte der Volksanwaltschaft	21
2.3.3 Die Volksanwaltschaft und der Volksanwalt / die Volksanwältin.....	22
2.3.4 Tätigkeitsbereich der Volksanwaltschaft	23
3 Unterschiede und Ähnlichkeiten in den drei Ombudsman Einrichtungen.....	26
3.1 Organisatorische Aspekte	26
3.2 Tätigkeit: ein Vergleich	27
3.3 Die Kompetenzen	27
4 Terminologiewissenschaftliche Analyse.....	29
4.1 Fachgebiet und Fachsprache	29
4.1.1 Definition der Fachsprache	29
4.1.2 Definition der Fachlichkeit.....	29
4.1.3 Internationalität	29
4.1.4 Genus.....	30

4.2	Anmerkungen zum Glossar	30
4.2.1	Form	30
4.2.2	Mehrsprachigkeit bei Rechtsterminologie.....	31
4.2.3	Einschränkungen	31
5	Glossar	32

-
- I. Abkürzungsverzeichnis**
 - II. Stichwortverzeichnis**
 - III. Abbildungsverzeichnis**
 - IV. Literaturverzeichnis**
 - V. Abstract**
 - VI. Lebenslauf**

Einführung

Diese Diplomarbeit ist eine übersetzungsbezogene Terminologiearbeit. Sie beginnt mit einem Fachteil aus dem Fachgebiet des Rechts. Der zweite Teil ist ein mehrsprachiges Glossar, verfasst in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch.

Der Fachteil beschäftigt sich mit der Institution des Ombudsman. Es ist ein Text mit informativem Charakter, der Geschichte und Organisation sowie den Tätigkeitsbereich dieser Institution präsentiert und somit auf die wesentlichen Rechtsbegriffe hinweist, die mit der Einrichtung des Ombudsman in Verbindung stehen.

Begonnen wurde mit einer allgemeinen Präsentation des Ombudsman-Wesens, seiner historischen Entwicklung sowie mit der Darstellung von Zweck und Funktionen dieser Institution.

Schließlich wurde chronologisch auf die Einrichtungen im Vereinigten Königreich, Frankreich und Österreich eingegangen. Aufgrund der vielen verschiedenen Ombudsman Institutionen¹ wurde in dieser Terminologiearbeit der parlamentarische Ombudsman, der *UK Parliamentary Commissioner*, der als gesamtstaatlicher Ombudsman für das Vereinigte Königreich und Nordirland gilt, präsentiert, ohne auf die regionale bzw. lokale Ebene, das heißt auf die Ombudsleute in England, Wales, Schottland, Nordirland und Gibraltar näher einzugehen. In Frankreich wurde auf den *Médiateur de la République* (Vermittler der Republik) eingegangen und in Österreich nur auf die österreichische Volksanwaltschaft und nicht auf die jeweiligen Einrichtungen der Landesvolksanwälte in Vorarlberg und Tirol. Diese drei Länder (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Österreich) wurden ausgewählt, um das Glossar, das in deutscher, englischer und französischer Sprache verfasst wurde, in einen sprachlich kulturellen Kontext einzubetten. Die übersetzungsrelevante Terminologie wurde im Glossar, das als Kern dieser Arbeit zu verstehen ist, zuerst in Deutsch (Sprache, in

¹ Siehe Kapitel 1.2 Was ist ein „Ombudsman“

der diese Arbeit verfasst wurde) und folgend in Englisch und Französisch angegeben.

1 Das Ombudsman-Wesen

1.1 Etymologie und Benennung

Der Begriff Ombudsman kommt vom alt-schwedischen „Ombud“ (Vertreter) und steht für die Vertretung der Interessen des Volkes gegenüber dem Staat (vgl. Gregory, Giddings, 2002). Allerdings findet man schon früher die Verwendung eines Ombudsman. Um 1280 wird einen Ombudsman genannt „umbods man“ (Kögler, 1995) in Norwegen im Stadtrecht des Königs Magnus Hakonarson für Bergen als „Bevollmächtigter des Königs“ (Kögler, 2004) eingesetzt. Dennoch wird heute eher der Ombudsman von Schweden als Vorgänger und Modell der heutigen Institutionen gesehen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008).

Die Benennung Ombudsman wurde in mehreren Ländern in der Originalsprache beibehalten², so zum Beispiel jetzt im Vereinigten Königreich, wo er nicht nur *Parliamentary Commissioner for Administration* (wie ursprünglich im Gesetz) sondern immer öfter *Parliamentary Ombudsman* genannt wird. Andere nationale Institutionen jedoch haben eigene Benennungen, die auch manchmal in der Übersetzung beibehalten werden, darunter der Volksanwalt/Volksanwältin in Österreich, der *Defensor del Pueblo* in Spanien und der *Médiateur de la République* in Frankreich. In anderen Länder wiederum werden die Institutionen des Ombudsman in der Übersetzung ins Englische *Commissioner for Human Rights* wie z.B. in Russland oder auch *Commissioner for Civil Rights Protection* in Polen genannt (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 7).

Diese Institutionen haben teilweise andere Benennungen, weil ihre Tätigkeit sich in diverse andere Bereiche erstreckt, was vor allem in Bezug auf die Menschenrechte festgestellt werden kann. Jedoch kann diese Beobachtung nicht als Regel angesehen werden und nicht zwingend auf eine rechtswesentliche Unterscheidung, sondern nur auf eine Tradition der jeweiligen Rechtssprache zurückgeführt werden (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 7). Dies kann auch anhand

² Mehr Informationen dazu findet man im Buch von Gabriele Kucsko-Stadlmayer Europäische Ombudsman-Institutionen

der verschiedenen Übersetzungen des Europäischen Bürgerbeauftragten gesehen werden, der in Englisch „European Ombudsman“, „*Médiateur Européen*“ in Französisch und „*Defensor del Pueblo*“ in Spanisch genannt wird (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 7).

In dieser Arbeit wurde der Name dieser Institution in der geschlechtsneutralen Originalform angegeben, das heißt Ombudsman. In den Teilen der Arbeit, die den nationalen Einrichtungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Österreichs gewidmet sind, wurden die Ombudsleute auch in der Originalsprache und in geschlechtsneutraler Form angegeben, so etwa der *UK Parliamentary Commissioner* für den Teil des Vereinigten Königreichs, der *Médiateur de la République* im französischen Teil und der Volksanwalt für den österreichischen Teil.

Allerdings ist auch zu bemerken, dass der ursprüngliche Terminus Ombudsman der englischen Sprache angepasst wurde und somit auch in der weiblichen Form³ oder in der Mehrzahl dekliniert werden kann, auch die Verwendung von *Ombudsperson* oder *Ombudspeople* kann gefunden werden. Auch in Frankreich kann die Benennung in der weiblichen Form verwendet werden mit der „*Médiatrice de la République*“.⁴ In Österreich ist es nicht viel anders – aus dem *Ombudsman* wurde der „Ombudsmann“ der sich auch deklinieren lässt und somit auch in der weiblichen Form oder in der Mehrzahl verwendet wird. Auch hier findet man die Verwendung von Ombudsperson oder Ombudsleute. Allerdings werden diese Bezeichnungen meistens eher innerhalb der Organisation verwendet und weniger in der Öffentlichkeit, wo diese Benennung noch manchmal unbekannt ist.

1.2 Was ist ein „Ombudsman“?

Einen Ombudsman findet man in vielen Organisationen und Institutionen, ob es jetzt Internationale Organisationen, wie die UNO (Vereinten Nationen) oder die EU (Europäische Union) oder Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), Universitäten oder Privatfirmen sind. Die Spanne ihrer Tätigkeitsbereiche ist sehr weit gestreut, sie

³ Die Problematik rund um die weibliche Form vom Begriff Ombudsman wurde in der Analyse (siehe Kapitel 4.1 Fachgebiet und Fachsprache) näher betrachtet.

⁴ Allerdings wird diese Form nicht oft verwendet. Siehe Kapitel 4.1.4.

unterscheiden sich durch ihre Wirkungsbereiche und ihren Kompetenzen. Gemeinsam haben sie, dass sie unparteiisch und unabhängig sind und die Interessen von Einzelnen oder Interessensgruppen vertreten und bestrebt sind Konfliktlösungen zu ermöglichen. Auch auf Regierungsebene ist es nicht viel anders: 1974 wurde der Begriff Ombudsman von der Internationalen Anwaltsvereinigung wie folgt definiert:

Ein in der Verfassung verankertes oder durch die gesetzgebende Körperschaft oder das Parlament geschaffenes Amt unter der Leitung eines unabhängigen hochrangigen Vertreters des öffentlichen Dienstes, der der gesetzgebenden Körperschaft oder dem Parlament verantwortlich ist, der Beschwerden von ihrer Rechte beraubten Personen gegen Regierungsstellen Beamte und Arbeitgeber entgegen nimmt oder von Amts wegen handelt und die Befugnis besitzt, Untersuchungen durchzuführen, Verbesserungsmaßnahmen zu empfehlen und Berichte zu erstellen⁵. (zitiert bei Södermann in Korosec, 2001)

1.3 Geschichte und Entwicklung

Mit der Einführung des schwedischen parlamentarischen Ombudsman findet das moderne Ombudsman-Wesen seinen Ursprung in Schweden 1810 (vgl. Gregory, Giddings, 2002: 5). Ausgehend vom skandinavischen Raum, verbreitet sich die Institution im 20ten Jahrhundert weltweit.

Schon Anfang des 19ten Jahrhunderts setzte Schweden somit einen Ombudsman ein. Erst 1919 wurde die Idee des Ombudsman von Finnland übernommen. 1955 führte Dänemark die Institution des Ombudsman in einer neuen Form ein. Diese neu entwickelte Einrichtung fand in Europa großes Interesse und wurde 1963 von Norwegen und 1967 vom Vereinigten Königreich übernommen. Die meisten Länder der Welt sahen die Vorteile, die eine solche parlamentarische Kontrolleinrichtung bot und setzten, nach dem Vorbild des skandinavischen Raums, Ombudsman-Einrichtungen als Verwaltungskontrolle auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ein (vgl. Korosec, 2001: VI). 1973 wurde eine solche

⁵ Hier die original englische Version: "An office provided by the constitution or by action of the legislature or Parliament and headed by an independent high level public official who is responsible to the legislature or Parliament, who receives complaints from aggrieved persons against government agencies, officials and employers or who acts on his own motion, and has power to investigate, recommend corrective actions and issue reports." (zitiert bei Caiden 1983)

Kontrolleinrichtung auch in Frankreich eingerichtet. In Österreich kam es erst 1977 infolge einer neuen gesetzlichen Regelung zur Gründung der Volksanwaltschaft. Anfang des 21ten Jahrhundert haben alle EU Länder einen Ombudsman auf nationaler oder regionaler Basis.⁶ Weltweit haben rund 120 Länder einen Ombudsman auf nationaler Regierungsebene.

⁶ Deutschland und Italien verfügen über regionale Ombudsman Einrichtungen.

2 Der Ombudsman im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Österreich

Im Vereinigten Königreich, Frankreich und Österreich gibt es Institutionen die jener des schwedischen Ombudsman ähnlich, jedoch nicht mit diesem identisch sind. Gemein haben sie jedoch, dass sie unabhängige Vertreter des Öffentlichen Dienstes sind⁷. An und für sich behalten sie auch in der Regel in der Übersetzung ihre Benennung, dies trifft vor allem für Österreich und Frankreich zu. Jedoch auf internationaler Ebene werden sie, wenn von der Institution die Rede ist, Ombudsman-Institution oder Ombudsman Einrichtung genannt. Diese Bezeichnung bezieht sich nicht im engeren Sinn auf ihre rechtlichen Kompetenzen, sondern generell auf ihre Tätigkeit als Kontrollorgan und Vertretung des Volkes bzw. auch auf ihre Stellung als Vertretung des einzelnen Bürgers gegenüber dem Staat. Im allgemeinen beruht ihre Kontrolle auf dem Prinzip der Legalität und der Billigkeit (vgl. Kucsko-Stadlmayer 2008: 33ff).

⁷ Siehe Kapitel 1.2 Was ist ein „Ombudsman“

2.1 Vereinigtes Königreich

2.1.1 Benennung

Der parlamentarische Ombudsman des Vereinigtem Königreichs bekleidet zusätzlich das Amt des englischen Ombudsman für das Gesundheitswesen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 450). Somit wird er *UK Parliamentary and Health Service Commissioner* (auch *Parliamentary and Health Service Ombudsman*) und auch *Parliamentary Commissioner for Administration (PCA)*, *Health Service Commissioner for England (HSC)* oder einfach nur *Parliamentary Ombudsman (PO)* genannt. In den Gesetzestexten wurde allerdings immer nur die Benennung *Parliamentary Commissioner* und nicht Ombudsman verwendet, da man sich anhand des sprachlichen Unterschieds von der originalen schwedischen Institution klar trennen wollte (vgl. Gregory, Giddings, 2002: 91). In den späteren Jahren jedoch kam der Gebrauch von Ombudsman wieder in den Alltag. Auf der Webseite⁸ genauso wie in seinen Berichten nennt sich der *Parliamentary Commissioner* oft Ombudsman.

2.1.2 Geschichte des UK Parliamentary Commissioner

Ausschlaggebend für die Einführung eines Parlamentskommissars im Vereinigten Königreich war die Crichton Down Affäre. In diesem Fall handelte es sich um eine Grundstücksenteignung durch das Luftfahrtministerium im Jahre 1936 mit der Versicherung, dass nach Beendigung der militärischen Nutzung die ursprünglichen Besitzer dieses wieder erhalten würden. Dennoch wurde das Grundstück nach dem zweiten Weltkrieg an eine dritte Person verkauft. Die enteignete Partei gab nicht auf, bis sie wieder im Besitz ihres Grundstücks war (vgl. Ebert, 1968: 19).

Dieser Skandal führte zum Rücktritt des Landwirtschaftsministers im Jahre 1954 und wies auf Missstände in der Verwaltung hin (vgl. Ebert, 1968: 19). Im

⁸ Siehe: www.ombudsman.org.uk 2009

Vereinigten Königreich wurde in der Folge auch die Institution des Ombudsman in Form des *Parliamentary Commissioner Act 1967* gesetzlich eingerichtet.

2.1.3 Der UK Parliamentary Commissioner und die Organisation des Amtes

Im Vereinigten Königreich wird der *Parliamentary Ombudsman* durch die Königin in ihrer Rolle als Staatsoberhaupt selbst und somit nicht vom Parlament bestellt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern werden der *Parliamentary Ombudsman* und die regionalen Ombudsleute von England und Nordirland zeitlich unbegrenzt bestellt. Das Ombudsman-Wesen im Vereinigten Königreich ist monokratisch organisiert. Der Ombudsman wählt einen Stellvertreter, dieser hat jedoch keine eigenverantwortlichen Aufgaben. Der Ombudsman bekleidet sein Amt bis zum 65ten Lebensjahr und tritt dann in den Ruhestand. Eine Abberufung erfolgt durch die Königin aber nur auf Antrag der beiden parlamentarischen Kammern. Im Vereinigten Königreich muss der Ombudsman keine gesetzlichen Qualifikationsvoraussetzungen erfüllen um dieses Amt zu bekleiden (vgl. *Parliamentary Commissioner Act 1967*). Obwohl es im Gesetz keinen ausdrücklichen Vermerk gibt, ist der Ombudsman in seiner Amtsausübung unabhängig und genießt Immunität bei allen Angelegenheiten, die er in Form von Berichten dem Parlament vorbringt (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 451).

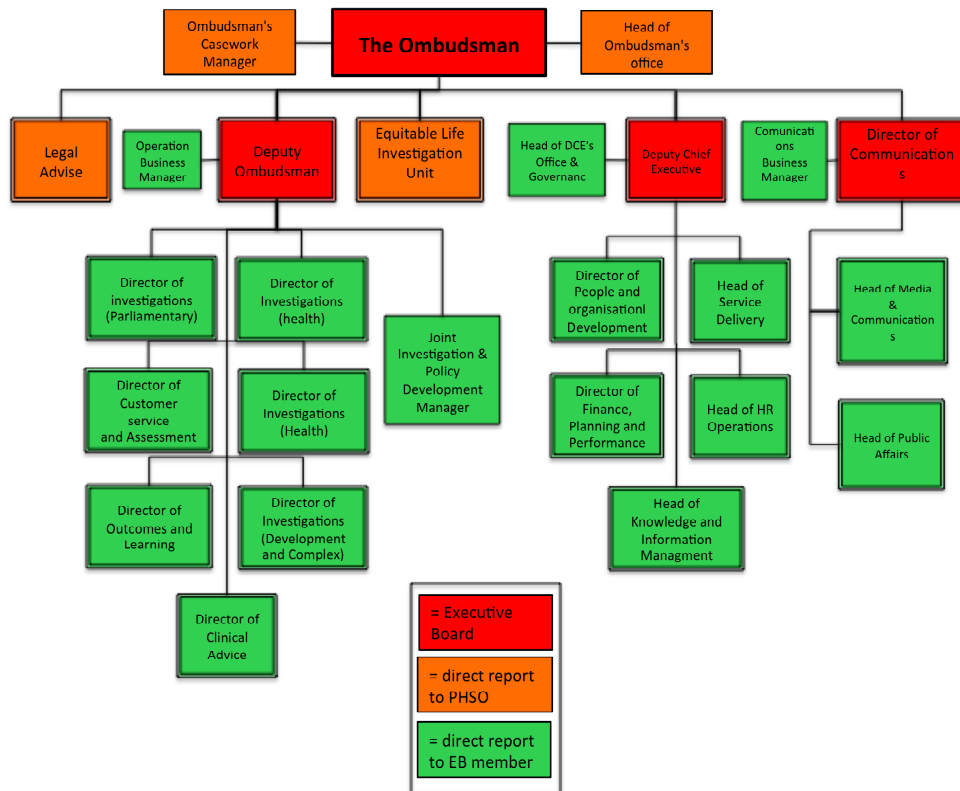


Abb. 1 Organigramm der Organisation des PCA im Vereinigten Königreich
 vgl.: Organigramm veröffentlicht auf www.ombudsman.org.uk (Stand 2009)

2.1.4 Tätigkeitsbereich des UK Parliamentary Commissioner

Der *Parliamentary Ombudsman* kann grundsätzlich alle Verwaltungsbehörden der Zentralverwaltung kontrollieren. Alle diese Behörden werden einzeln im Schedule 2 des *Parliamentary Commissioner Act 1967* aufgelistet. Ausnahmefälle werden im Schedule 3 desselben Gesetzes genauer definiert, worunter etwa außenpolitische Bereiche sowie nicht-hoheitliche Verwaltungshandlungen fallen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 451).

Der Kontrolle des *Parliamentary Commissioner* unterliegt jeder Fall, in dem sich eine natürliche oder juristische Person, aufgrund von *maladministration* (Misstand in der Verwaltung) ungerecht behandelt fühlt (vgl. *Parliamentary Commissioner Act 1967* 5/(1)/a). Die Initiative für eine Beschwerde kann nicht von Amts wegen, sondern muss von einer natürlichen oder juristischen Person mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich ausgehen. Eine Person, die unter einem

Misstand leidet, kann sich allerdings nicht direkt an den Ombudsman wenden, sondern muss sich an einen Abgeordneten des Unterhauses wenden, der den Misstand dann mit der Einwilligung dieser Person an den Ombudsman weiterleitet (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967/5/2/b). In der Regel darf eine solche Beschwerde nur dann vorgelegt werden, wenn kein Rechtsbehelf in diesem Fall zu Verfügung steht und ist nicht zulässig, wenn ein vorhandener Rechtsbehelf nicht in Anspruch genommen wurde. Allerdings kann eine Ausnahme gemacht werden, wenn das Wahrnehmen eines solchen Rechtsbehelfes nicht zumutbar ist oder nicht zumutbar gewesen wäre (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967/5/2/b).

Wenn der *Parliamentary Ombudsman* eine Untersuchung einleiten möchte, so muss er zuvor das betroffene Verwaltungsorgan darüber informieren und diesem Gelegenheit geben Stellungnahme zu beziehen (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967/7/1).

Im Rahmen seiner Untersuchung hat der *Parliamentary Ombudsman* die gleichen Kompetenzen wie ein Gericht, kann Zeugen aus dem In- und Ausland vorladen und Akteneinsicht verlangen. Alle Verwaltungsorgane sind verpflichtet den Parliamentary Ombudsman zu unterstützen und es kann keine Amtsverschwiegenheit gegenüber dem Ombudsman geltend gemacht werden (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967/8/1bis3). Jegliches Zuwiderhandeln seitens der Behörden kann vor Gericht gebracht werden (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967/9).

Anschließend an seine Ermittlungen übersendet der Ombudsman dem Abgeordneten, von dem die Beschwerde ausgegangen ist und dem betroffenen Verwaltungsorgan einen Bericht. Werden keine Maßnahmen gegen den aufgezeigten Misstand vorgenommen, so kann der Ombudsman beiden Häusern im Parlament einen „speziellen“ Bericht zusätzlich zu seinem jährlichen Bericht vorbringen (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967 10/(3)).

Der Ombudsman ist berechtigt die Justizverwaltung zu überprüfen, sofern seine Untersuchungen sich nicht auf die Person oder Funktion von Richtern erstreckt. Er kann Informationen zu anhängigen Verfahren verlangen und unter

bestimmten Voraussetzungen auch an Prozessen teilnehmen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 453).

Einmal im Jahr muss der *Parliamentary Ombudsman* einen Bericht über seine Tätigkeiten verfassen, den er dann vor beiden Häusern präsentiert (vgl. Parliamentary Commissioner Act 1967 10/(4)). Er kann auch Empfehlungen über Gesetze und Verordnungen in diesen Bericht einschließen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 453).

2.2 Frankreich

2.2.1 Benennung

Das französische Äquivalent zum Ombudsman ist der *Médiateur de la République* (Vermittler der Republik). In den seltensten Fällen wird er auch Ombudsman genannt. Diese Bezeichnung ist auch in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dennoch kann man bemerken, dass in den Publikationen immer öfter auch der Begriff Ombudsman neben der französischen Benennung hinzugefügt wird.

Seit dem 23. Oktober 2008 wird an einer Verfassungsreform für die französische Republik gearbeitet, die einen neuen Artikel „Art 71-1 de la Constitution“ beinhalten soll. Dieser Zusatz ist über den *Défenseur des Droits*, eine Institution die der spanischen Einrichtung des *Defensor del Pueblo* ähnelt. Er ist das Ergebnis der Bestrebungen dem *Médiateur de la République* mehr Kompetenzen einzuräumen. Der *Défenseur des Droits* würde den *Médiateur de la République* ersetzen. Diese Verfassungsreform wurde jedoch noch nicht beschlossen.⁹

⁹ Für mehr Information siehe: www.comite-constitutionnel.fr/accueil/index.php August 2009

2.2.2 Geschichte des *Médiateur de la République*

„Le Véritable Ombudsman, c'est le Conseil d'État“ (Legrand, 1970: Vorwort) war die Aussage des französischen Juristen Roland Drago als Antwort auf die Notwendigkeit eines Ombudsmannes in Frankreich. Frankreich war davon überzeugt, dass seine schon vorhandenen Kontrolleinrichtungen ausreichend seien. Am 3. Jänner 1973 wurde dennoch die Institution unter der Präsidentschaft von George Pompidou und der Regierung des Premierministers Pierre Messmer per Gesetz eingeführt. Der Anfang war sehr zögerlich und man sah sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Kompetenzen des *Médiateur de la République* durch fünf weitere Gesetze zu erweitern. Diese Gesetze räumten dem *Médiateur de la République* nach und nach die Kompetenz ein, dem Parlament Gesetzesänderungen vorzuschlagen, seine Unabhängigkeit wurde verstärkt und juristischen Personen wurde die Möglichkeit gegeben, sich an den *Médiateur de la République* zu wenden. Hinzugefügt wurde auch seine Verpflichtung, einen jährlichen Bericht an das Parlament zu verfassen und die Position der Delegierten wurde klar definiert (vgl. www.mediateur-republique.fr, 2009).

2.2.3 Der *Médiateur de la République* und die Organisation der Institution

Der *Médiateur de la République* wird für eine einmalige Amtszeit von sechs Jahren durch Erlass des Präsidenten im Ministerrat ernannt, wobei eine Wiederwahl nicht möglich ist. Frankreich stellt somit eine Ausnahme von der Europäischen Regel mit ihrem parlamentarischen Bestellungsverfahren dar, weil der *Médiateur de la République* von der Verwaltung direkt bestellt wird. Gemäß eines speziellen Dekrets des *Conseil d'État* kann ein *Médiateur de la République* vor Ende seiner Amtsperiode nur aufgrund einer Verhinderung „empêchement“ abberufen werden (vgl. Décret en Conseil d'Etat 73-253 du 9 mars 1973). Laut dem entsprechenden Gesetzestext werden für dieses Amt keine bestimmten Qualifikationen verlangt, jedoch wurden bis jetzt üblicherweise ehemalige hohe Staatsbeamte damit beauftragt (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 181). Innerhalb der administrativen Hierarchie bekleidet der *Médiateur* das Amt einer *autorité administrative indépendante*. Gemäß dem Gesetz Loi du 13 Janvier 1989 ist er weisungsfrei und genießt strafrechtliche Immunität im Rahmen seiner Funktionsausübung.

Bei der Institution des *Médiateur de la République* handelt es sich um ein monokratisches Organ. Er hat keine Stellvertreter sondern Delegierte, deren Zahl schon auf fast 300 angewachsen ist. Diese Delegierte werden jeweils für ein Jahr vom *Médiateur de la République* bestellt. Im Gegensatz zu letzterem können diese mehrere Amtsperioden wahrnehmen und müssen über eine juristische Ausbildung oder relevante Berufserfahrung im Verwaltungsbereich verfügen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 180). Diese Delegierten arbeiten auf rein ehrenamtlicher Basis, erhalten lediglich eine vom *Médiateur de la République* festgelegte Aufwandsentschädigung und sind zu wöchentlichen Sprechstunden, die sich über zwei Halbtage erstrecken, verpflichtet (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art.6-1). Wie aus dem Jahresbericht 2004 an das Parlament ersichtlich ist, werden die Hälfte dieser Ämter von Pensionisten besetzt.

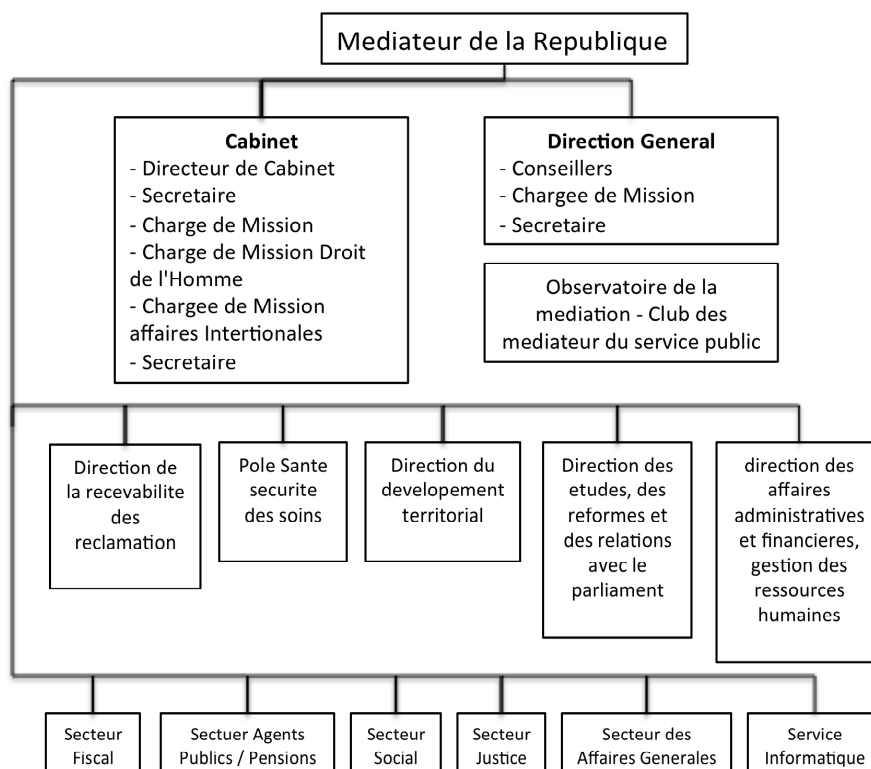


Abb. 2 Organigramm des *Médiateur de la République* in Frankreich
 vgl. Organigramm veröffentlicht auf www.mediateur-republique.fr (Stand 2009)

2.2.4 Tätigkeitsbereich des *Médiateur de la République*

Dem *Médiateur de la République* obliegt die Prüfung jeder Beschwerde über einen Missstand in der Staatsverwaltung, in den Gebietskörperschaften, öffentlichen Einrichtungen und in allen Organen, die im öffentlichen Dienst stehen, ausgenommen ist jedoch der Geheimdienst (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art.1). Darin eingeschlossen sind alle Organe der Verwaltung, die privatrechtlich agieren.

In seinen Prüfungen legt der *Médiateur de la République* einen Schwerpunkt auf das Prinzip der Billigkeit (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art.1). Zusätzlich zur Rechtsordnung berücksichtigt er einen „übergeordneten Gerechtigkeitsaspekt“ (Kucsko-Stadlmayer, 2008: 182). Ziel seiner Untersuchungen ist die Sicherung einer gerechten Verwaltung.

Die Initiative für eine Untersuchung durch den *Médiateur de la République* erfolgt durch einen Abgeordneten. Auch wenn der Beschwerdeführer erst seinen Fall einem Delegierten vorbringt, wird dieser Fall zunächst dem Abgeordneten vorgelegt, der ihn dann dem *Médiateur de la République* weiterleitet. Sollte der Abgeordnete einen Missstand erkennen, kann er diesen dem *Médiateur de la République* zur Kenntnis bringen (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 6-1). Der *Médiateur de la République* kann vom Amt wegen in Sachen Reformvorschläge eine Untersuchung einleiten (vgl. Loi du 12 Avril 2000).

Sollte ein Missstand vorliegen, hat der *Médiateur de la République* das Recht auf Akteneinsicht. Jedes betroffene Organ hat den *Médiateur de la République* zu unterstützen und ihm die gewünschten Informationen durch eigene Untersuchungen zugänglich zu machen sowie Vorladungen Folge zu leisten (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 12). Ausgenommen sind allerdings Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, der Nationalen Verteidigung und der Außenpolitik (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 13). Sollte die betreffende Behörde ihre Kooperationspflicht vernachlässigen, kann der *Médiateur de la République* ein Disziplinarverfahren einleiten. Bei einer strafrechtlichen Angelegenheit kann er sich an die entsprechende

Strafverfolgungsbehörde wenden (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 10).

Nach Abschluss seiner Untersuchung, sollte der *Médiateur de la République* die Klage für angebracht halten, kann er Empfehlungen, die ihm zur Behebung des betreffenden Missstandes angemessen erscheinen, abgeben. Die von ihm vorgelegte Lösung soll einen Ausgleich zwischen den Parteien herbeiführen, der recht und billig ist und setzt eine Frist für die Umsetzung seines Vorschlages. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, kann er einen Bericht zu dieser Sache veröffentlichen (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 9).

Obwohl er keine Befugnisse in gerichtlichen Verfahren und ihren Entscheidungen hat, kann der *Médiateur de la République* einer Verwaltungsbehörde, die von einem Gericht ein Urteil zu einer Verwaltungshandlung erhalten hat, eine Erfüllungsfrist hinzufügen. Wird diese Frist nicht eingehalten, kann er einen speziellen Bericht verfassen der auch im Amtsblatt veröffentlicht wird (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 11).

Jährlich legt der *Médiateur de la République* dem Präsidenten der französischen Republik und beiden Kammern des Parlaments einen Bericht vor (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 14). Dieser Bericht ist eine Bilanz seiner Tätigkeiten.

Wenn der *Médiateur de la République* der Auffassung ist, dass Gesetze und Verordnungen nicht recht und billig sind, kann er Empfehlungen, die ihm angemessen erscheinen, für ihre Änderung vorschlagen (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 9).

2.3 Österreich

2.3.1 Benennung

Mit jedem Versuch, einen Ombudsman oder ähnliche Institution in Österreich einzusetzen, haben sich im Laufe der Jahre viele verschiedene Namen ergeben¹⁰, um dieses Amt zu bezeichnen, bis sich letztendlich in Österreich der Begriff 'Volksanwalt' durchsetzte. Es gibt allerdings einige Ausnahmen, wo er auch Bürgeranwalt genannt wird (vgl. Schönherr, 1977: 155). Seit 2002 wird die im staatlichen Rundfunk ausgesendete Fernsehsendung über Fälle der Volksanwaltschaft auch „Bürgeranwalt“ genannt. Auch der Begriff Ombudsmann wird verwendet, jedoch öfter innerhalb der Organisation oder im Rahmen von internationalen Konferenzen.

2.3.2 Geschichte der Volksanwaltschaft

Das Interesse an einem Ombudsmann gab es in Österreich schon Mitte des 20ten Jahrhunderts. Im Jahr 1948 griff der Verfassungsgerichtshof Hans Kelsens Vorschlag¹¹, einen „Anwalt der Verfassung“ oder „Anwalt des öffentlichen Rechts“ einzuführen, auf und plädierte wie Kelsen für die Erweiterung der Voraussetzungen für die amtswegige Gesetzes- und Verordnungsprüfung (vgl. Schönherr, 1977: 123).

Karl Steinhauser, ein Wiener Journalist der sich für die Einführung einer solchen Institution stark einsetzte, verlangte 1961 die Einführung eines erstmals so genannten „Volksanwaltes“, um die Gesetzmäßigkeit der Tätigkeit der Staatsführung zu kontrollieren. In einem von ihm im Mai 1962 verbreiteten Flugblatt heißt es: „So wie sich das Volk heute etwa vor dem Finanzamt fürchtet, so würden Politiker und Beamte vor dem Volksanwalt zittern“ (zitiert nach Schönherr, 1977).

Der Besuch des ersten dänischen Ombudsman Univ.–Prof. Stephan Hurwitz in Wien am 19.2.1963, der im allgemeinen der Ombudsmannidee weltweit große Popularität verschaffte, führte zur intensiveren Diskussion in der Öffentlichkeit und in

¹⁰ Siehe Kapitel 2.3.2 Geschichte der Volksanwalt.

¹¹ Einer der bedeutendsten Rechtswissenschaftler des 20ten Jahrhunderts und einflussreicher Vertreter des Rechtspositivismus.

der Politik, diese Institution auch in Österreich einzuführen (vgl. Schönherr, 1977: 123).

Schließlich wurde die Volksanwaltschaft per Bundesgesetz vom 24. Februar 1977 gegründet. Dennoch äußerte der Gesetzgeber anfangs seine Zweifel, indem er diese Institution nur für eine limitierte Zeit einrichtete und zwar vom 1. Juli 1977 bis zum 30. Juni 1983. Bereits nach vier Jahren wurde diese Befristung aufgehoben und das Regelwerk über die Einrichtung der Volksanwaltschaft als Siebentes Hauptstück in das Bundes-Verfassungsgesetz eingegliedert (vgl. Bundesgesetzblatt 1981/350). Ergänzungen und Novellierungen fanden in den folgenden Jahren nach und nach statt (vgl. Hossain, 2000).

2.3.3 Die Volksanwaltschaft und der Volksanwalt / die Volksanwältin

Letztendlich fand das jetzige Modell der Volksanwaltschaft seinen Platz in der Österreichischen Verfassung und wurde im Siebenten Hauptstück des B-VG (seit 2008 Achtes Hauptstück B-VG) geregelt.

Die Volksanwaltschaft ist ein Kollegialorgan, bestehend aus drei Volksanwältinnen, die von den drei mandatsstärksten Parteien im Parlament auf sechs Jahre bestellt werden und vom Nationalrat aufgrund eines Gesamtvorschlages gewählt werden und in dieser Zeit nicht abgesetzt werden können. Der Vorsitz unter den drei Mitgliedern rotiert jährlich (vgl. B-VG Art 148g (2)).

Die Volksanwältinnen werden vom Bundespräsidenten angelobt. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Während Ihrer Amtsperiode dürfen sie staatliche Ämter weder auf Bundes- noch auf Landesebene bekleiden und auch keine anderen Berufe ausüben (vgl. Hossain, 2000).

Nach der Verfassung ist die Volksanwaltschaft in Ihrer Amtsausübung unabhängig und weisungsfrei. Ihre Mitglieder besitzen keine strafrechtliche Immunität (Kucsko-Stadlmayer, 2008: 321).

Um das Amt des Volksanwalts / der Volksanwältin zu bekleiden, werden keine bestimmten gesetzlich vorgeschriebene Qualifikationen vorausgesetzt.

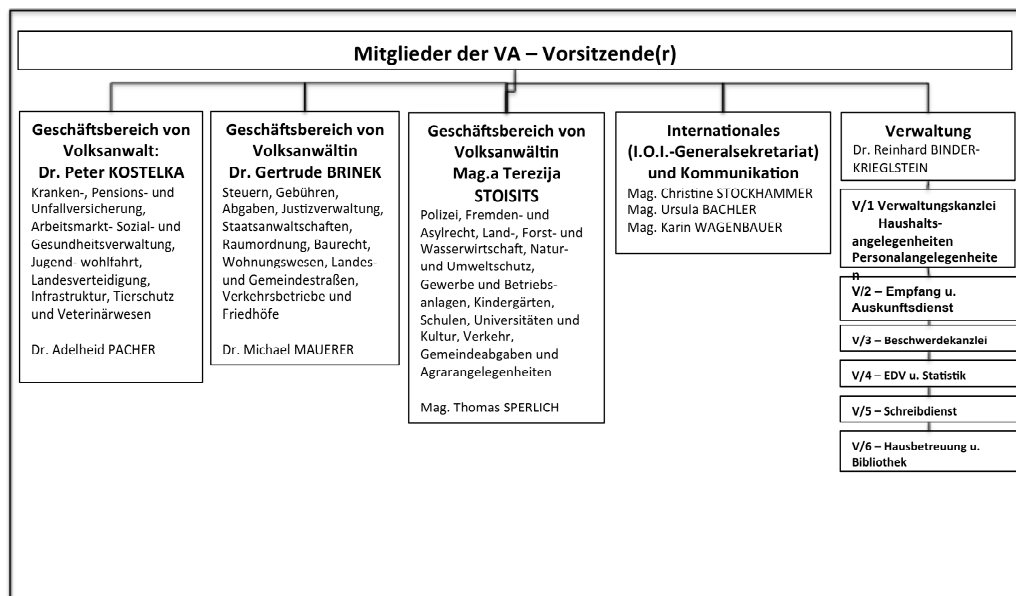


Abb. 3 Organigramm der Volksanwaltschaft in Österreich

Vgl.: Organigramm veröffentlicht auf www.volksanwaltschaft.at (Stand 2009)

2.3.4 Tätigkeitsbereich der Volksanwaltschaft

Die Volksanwaltschaft hat von der Bundesverfassung die Aufgabe übertragen bekommen, behauptete oder vermutete Missstände in der Verwaltung zu prüfen (vgl. Art 148a Abs 1 B-VG Ahtes Hauptstück) und übt somit eine Kontrolltätigkeit aus. Diese umfasst die gesamte Hoheitsverwaltung des Bundes sowie der Länder und Gemeinden mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg¹², die Privatwirtschaftsverwaltung und unter bestimmter gesetzlicher Ermächtigung die Tätigkeit nicht staatlicher Rechtsträger (vgl. Art 148a Abs 2 B-VG Ahtes Hauptstück).

Weiterer Gegenstand der Volksanwaltschaft ist die Kontrolle der Gerichtsbarkeit in Bezug auf die Justizverwaltung. Sie übt also eine öffentliche Kontrolle im Dienste von Rechtsstaat und Demokratie aus und ergänzt somit unter anderem den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und den Rechnungshof (vgl. <http://www.volksanw.gv.at/i-broschure.htm> August 2009).

Über die Rechtsordnungskontrolle hinaus sind Rechtsverletzungen und Unkorrektheiten in der Verwaltungsführung auch Gegenstand der Kontrolle und der

¹² Tirol und Vorarlberg haben einen eigenen Landesvolksanwalt.

Prüfungsbefugnis der Volksanwaltschaft und werden auch als sogenannte „Missstände“ verstanden (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008).

Die Initiative zur Kontrolle muss nicht nur von der Volksanwaltschaft von Amts wegen ausgehen: „Jedermann kann sich bei der Volksanwaltschaft wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten beschweren“ (Art. 148a (1) B-VG Achstes Hauptstück). Sei es jetzt eine natürliche oder eine juristische Person, die eine solche Beschwerde vorbringt unter der Voraussetzung, dass sämtliche Rechtsmittel ausgeschöpft, verfristet oder erst gar nicht vorhanden sind, unterliegt die Volksanwaltschaft einer Prüfungspflicht (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 322). Die Volksanwaltschaft macht eine einzige Ausnahme zu diesen Voraussetzungen für eine Beschwerde: Eine Person kann sich bei behaupteter Säumnis eines Gerichtes durch eine Verfahrenshandlung bei der Volksanwaltschaft beschweren (vgl. Art 148a Abs 3 B-VG).

Um ihren Prüfungsauftrag nachzukommen, hat die Volksanwaltschaft gemäß B-VG Achstes Hauptstück Art. 148b (1) Recht auf Akteneinsicht und die Verwaltungsbehörden sind verpflichtet ihr jegliche erwünschte Auskunft zu geben. Sie kann auch eigene Untersuchungen an Ort und Stelle vornehmen. Auch wenn der Volksanwaltschaft keine Zwangsmittel zur Verfügung stehen, stellt das Vorenthalten von Auskünften der Behörden gegenüber der Volksanwaltschaft eine Verletzung der Amtspflicht dar. Die Verwaltungsorgane können also nicht auf die Amtsverschwiegenheit verweisen, allerdings unterliegt die Volksanwaltschaft der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das die Volksanwaltschaft in Erfüllung ihrer Aufgaben herangetreten ist. Bei der Erstattung der Berichte an den Nationalrat ist die Volksanwaltschaft zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit aber nur insoweit verpflichtet, als dies im Interesse der Parteien oder der nationalen Sicherheit geboten ist (vgl. Art. 148b (2) B-VG Achstes Hauptstück).

Sollte eine Untersuchung einen Missstand aufweisen, so kann die Volksanwaltschaft der betreffenden Behörde nur Empfehlungen geben, bestimmte Maßnahmen zu treffen. Allerdings hat das angesprochene Verwaltungsorgan binnen acht Wochen entweder dem Vorschlag der Volksanwaltschaft zu entsprechen oder

eine schriftliche Begründung vorzulegen, weshalb es den Vorschlag nicht oder nur teilweise umgesetzt hat. Die Volksanwaltschaft kann auch „einen auf die Beseitigung der Säumnis eines Gerichtes (Art. 148a Abs. 3) gerichteten Fristsetzungsantrag stellen sowie Maßnahmen der Dienstaufsicht anregen“ (Art. 148c B-VG Achstes Hauptstück).

Dank ihres Kontrollauftrags entwickelt die Volksanwaltschaft reformatorische Vorschläge zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bürgern und der Gesetzgebung (vgl. Korosek, 2001: VI).

Jährlich berichtet die Volksanwaltschaft dem Nationalrat und dem Bundesrat von ihrer Tätigkeit. In diesem Jahresbericht wird seit 2003 ein eigener Grundrechtsteil angeführt der sich besonders auf Menschenrechtsfragen konzentriert (vgl. Jahresbericht der VA 2005: 307). Sie hat das Recht an den Versammlungen über Ihre Berichte teilzunehmen. Weiters hat die Volksanwaltschaft das Recht an der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes teilzunehmen, soweit es ihre eigenen Kosten und Ausgaben betrifft. Auf ihren Antrag hin können sie das Wort nehmen und gehört werden (vgl. B-VG Achstes Hauptstück Art.148a (4) und Art.148d).

Auch wenn die Volksanwaltschaft nicht direkt an der Gesetzgebung beteiligt ist, kann sie mittels ihres Berichts Anregungen an das Parlament richten oder einen Antrag an den Verfassungsgerichtshof eine gesetzwidrige Verordnung zu prüfen stellen (vgl. B-VG Achstes Hauptstück Art.148e). Weiters beteiligt sie sich auch an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Die VolksanwältInnen übernehmen nicht die Aufgaben der Rechtsanwälte. Sie sind vielmehr VermittlerInnen oder RatgeberInnen. Die VolksanwältInnen haben keine Sanktionsbefugnis, sie sind allein für die Konfliktlösung zuständig (vgl. Korosek, 2001: 4).

3 Unterschiede und Ähnlichkeiten in den drei Ombudsman Einrichtungen

3.1 Organisatorische Aspekte

In der Form unterscheidet Österreich sich von Frankreich und dem Vereinigtem Königreich vorerst durch seine kollegiale Einrichtung. Die Institution ist in Österreich in der Verfassung eingerichtet, während die Institutionen in den beiden anderen Ländern nur auf einfacher Gesetzebene eingeführt sind¹³. Die Institution im Vereinigtem Königreich und in Frankreich ist keiner bestimmten Staatsgewalt zugeordnet, während die Volksanwaltschaft der Gesetzgebung zugeordnet wird (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 473).

In Österreich werden die VolksanwältInnen vom Parlament bestellt. In Frankreich durch den Präsident der Republik mit seinen Ministern und im Vereinigtem Königreich durch die Königin. Das heißt, die letzteren werden durch die Regierung oder das Staatsoberhaupt, jedenfalls nicht von der Legislative direkt bestellt.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die Voraussetzungen für einen Ombudsman sehr unterschiedlich geregelt sind. Während in Norwegen die selben Qualifikationen wie für das Amt eines Höchstgericht verlangt werden, wird in anderen Ländern, wie etwa in Österreich, dem demokratischen Prinzip folgend, davon ausgegangen, dass jeder passiv Wahlberechtigte für solche Funktionen geeignet ist (vgl. Korosek, 2001: 3). Auch in Frankreich und dem Vereinigtem Königreich werden keine speziellen Kriterien festgelegt, dennoch haben in Frankreich bis heute immer hohe Staatsbeamten das Amt übernommen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 181).

¹³ Dies könnte sich in Frankreich ändern siehe Kapitel 2.2.3 Der Médiateur de la République und Organisation der Institution.

3.2 Tätigkeit: ein Vergleich

Im direkten Vergleich lässt sich feststellen, dass der *Parliamentary Commissioner* der einzige unter der drei nationalen Institutionen ist, der nicht von Amts wegen handeln kann und erst auf den Eingang einer formellen Beschwerde warten muss (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 506). Der Volksanwalt / die Volksanwältin ist befugt von Amtswegen Missstände zu prüfen (vgl. Art. 148a (2) B-VG Aches Hauptstück), auch der französische *Médiateur de la République* ist seit dem Jahr 2000 dazu in Sachen Reform befugt (vgl. Loi du 12 Avril 2000).

Der Volksanwalt / die Volksanwältin unterliegt einer gesetzlichen Prüfungspflicht, die für den *UK Parliamentary Commissioner* (vgl. Ebert, 1968) und dem *Médiateur de la République* nicht besteht (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008).

Ein wesentlicher Unterschied ist die Befugnis der Volksanwaltschaft und des *Parliamentary Commissioners* die Justizverwaltung und die Gerichte hinsichtlich der Justizverwaltung zu kontrollieren (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008). Der *Médiateur de la République* ist nicht befugt, diese zu kontrollieren genauso wenig wie den Geheimdienst und Angelegenheiten, welche die nationale Sicherheit betreffen (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 13).

Die Überprüfung der Menschenrechte unterliegt nicht ausdrücklich der Aufgabe der oben genannten Ombudsman Institutionen, es ist jedoch zu bemerken, dass die Volksanwaltschaft einen Teil Ihres Jahresberichts allein den Menschenrechten widmet (vgl. Jahresberichte der Volksanwaltschaft seit 2003), während sie in Frankreich und im Vereinigtem Königreich nur indirekt behandelt werden.

Im Vereinigten Königreich und in Frankreich können auch Spezialberichte erstattet werden, während das für die Volksanwaltschaft nicht vorgesehen ist.

3.3 Die Kompetenzen

Eine Verletzung der Unterstützungspflicht der verschiedenen Organe kann im Vereinigtem Königreich vor einem ordentlichen Gericht geltend gemacht werden (vgl. *Parliamentary Commissioner Act 1967/9*). Der *Médiateur de la République* kann, sollte die zuständige Behörde nichts unternehmen, lediglich ein

Disziplinarverfahren einleiten (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 10). Die Volksanwaltschaft kann ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch einleiten.

Es ist gesetzlich ausdrücklich vorgesehen, dass der *Médiateur de la République* Strafverfahren empfehlen kann (vgl. Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur Art. 11), was nicht ausdrücklich in Österreich oder im Vereinigten Königreich vorgesehen ist. Genauso kann der *Médiateur de la République* ein Disziplinarverfahren selbst einleiten und es ist gesetzlich vorgesehen, dass er dieses empfehlen kann, während das in Österreich und im Vereinigten Königreich nicht der Fall ist (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008).

Der *Médiateur de la République* und die Volksanwaltschaft sind ermächtigt Gesetzesvorschläge vorzubringen, während dies nicht zu den Kompetenzen des *Parliamentary Commissioner*, zählt. Allerdings steht allen drei Institutionen das Recht zu der Gesetzgebung gegenüber, neue Gesetzes oder Gesetzesänderungen zu empfehlen. Vor dem Verfassungsgericht kann die Volksanwaltschaft zusätzlich auch Gesetzes- und Verordnungsanfechtungen geltend machen und den Verwaltungsgerichten Anträge stellen (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008: 323). Der *Médiateur de la République* kann die Umsetzung internationaler Verträge empfehlen.

4 Terminologiewissenschaftliche Analyse

4.1 Fachgebiet und Fachsprache

4.1.1 Definition der Fachsprache

Das Fachgebiet des Ombudsman-Wesens, einer im Gesetz verankerten Einrichtung, ist ein untergeordneter Bereich des Fachgebiets Recht. Die Ombudsman-Fachsprache, die sich aus Rechtsbegriffen zusammensetzt, ist eine verhältnismäßig junge Fachsprache – die Ombudsmaneinrichtung wurde erst 1981 in die österreichische Verfassung aufgenommen – und der begriffliche Entlehnungseffekt (vgl. Küwes, 1990) ist bemerkbar: der Hauptbegriff „Ombudsman“ wurde aus dem Schwedischen übernommen, die Begriffe und Benennungen aus dem Rechtsbereich. Dies führt außerdem zu einer Dehnbarkeit der Begriffe. Die Begriffe verändern sich noch, aber der Terminus bleibt gleich, die Funktionen des Ombudsman werden erweitert, aber seine Amtsbezeichnung bleibt gleich.

4.1.2 Definition der Fachlichkeit

Die Fachlichkeit der Fachsprache befindet sich nach der Gliederung von Hoffmann auf der Ebene einer hohen natürlichen Sprache (vgl. Küwes, 1990). Als Rechtssprache sind die Termini sehr fachlich, aber aufgrund der Funktion des Amtes als Fürsprecher des Volkes versucht die Öffentlichkeitsarbeit teilweise zu verhindern, dass die Fachsprache allzu abstrakt wirkt.

4.1.3 Internationalität

Die internationale Kommunikation hat auch einen bedeutenden Einfluss auf den Fachbereich genommen. Auf internationaler Ebene führt ein bemerkbares Bestreben nach Vereinheitlichung beispielsweise dazu, dass das Wort „Ombudsman“ trotz der von den spezifischen Funktionen des Amtsträgers abhängigen nationalen Begriffsbezeichnungen stark eingesetzt wird. Die österreichische Institution trägt den Namen „Volksanwaltschaft“, die in einer offiziellen englischen Übersetzung die Bezeichnung „The Austrian Ombudsman Board“ erhielt, auch im Französischen findet man zunehmend die Bezeichnung Ombudsman in französischsprachigen Veröffentlichungen, die ein breiteres

Publikum ansprechen (vgl. Presseausendung 1.1.2008 veröffentlicht auf www.mediateur-republique.fr). Das sind Beispiele dafür, dass auch wenn alle drei in dieser Arbeit behandelten Länder sowie auch die meisten Länder, die eine vergleichbare Institution haben, einen der Rechtstradition entsprechenden eigenen Namen bevorzugen, bekennen sie sich alle auf internationaler Ebene zum Ombudsman-Wesen, da sich alle auf unterschiedlicher Weise vom schwedischem Modell ableiten.

Ein internationales Netzwerk, das *International Ombudsman Institute (I.O.I.)*, das inhaltliche Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten auf internationaler Ebene fördert, sucht im Sinne der Vereinheitlichung unter anderem auch die aktive Förderung von begrifflichen Äquivalenzen als Teil seiner Aufgabe etwa im Rahmen von internationalen Konferenzen.

4.1.4 Genus

Der Terminus Ombudsman wird in der deutschen Sprache häufig „Ombudsmann“ geschrieben, eine natürliche „Verdeutschung des Fremdwortes“, die zur weiblichen Form „Ombudsfrau“ führt. In dieser Arbeit wurde die geschlechtsneutrale, schwedische Schreibweise beibehalten. Im Englischen wird auch für weibliche Amtsträgerinnen (vgl. www.ombudsman.org.uk) der Terminus „Ombudsman“ verwendet und im Französischen, wo der Einsatz einer weiblichen Form bei Amtsträgern noch umstritten ist, („Madame la Ministre: La féminisation des noms en 10 questions“, Rousseau, 1998, veröffentlicht auf <http://www.ciep.fr/>, Stand 2009) bleibt „médiateur“ ebenfalls im Maskulinum.

4.2 Anmerkungen zum Glossar

4.2.1 Form

Die übersetzungsrelevante Terminologie des Ombudsman-Wesens wurde im folgenden Glossar erfasst. Anhand der Fachtexte und Fachschriften wurde eine sachgebietsbezogene Untersuchung durchgeführt. Im Fachteil werden die Begriffe in ihrem fachlichen Kontext dargestellt – nun bietet das Glossar eine Aufstellung des Fachwortschatzes und dessen einzelnen Benennungen.

Die Einträge im Glossar sind gemäß den Empfehlungen für die Terminologearbeit der Arbeitsgruppe Terminologie und Dokumentation aus der Konferenz der Übersetzungsdienste westeuropäischer Staaten (Küwes) 1990 aufgebaut. Sie beinhalten, soweit vorhanden, die Begriffsbezeichnung, eine eindeutige Definition in der jeweiligen Sprache, die Quellenangabe der Definition sowie existierende Synonyme und Abkürzungen.

4.2.2 Mehrsprachigkeit bei Rechtsterminologie

Die Thematik hinsichtlich der Erstellung eines mehrsprachigen Rechtsglossars wurde in der Fachliteratur behandelt (vgl. Küwes, 1990: 5.5). Die Rechtsterminologie wird für die Problematik bei der Übersetzung von Begriffen, die sich durch Unterschiede der Rechtsordnungen in den jeweiligen Ländern der Ausgangs- und Zielsprachen über jede Äquivalenz hinaus unterscheiden, als Paradebeispiel herangezogen. Im einführenden Fachteil dieser Arbeit werden die spezifischen Begriffe in ihrem kulturellen Kontext erklärt. Im Glossar werden Definitionen von Fachquellen herangezogen, um die jeweils äquivalente Benennung zu verdeutlichen.

4.2.3 Einschränkungen

In diesem Glossar wurden die Begriffe nur in ihrem Zusammenhang mit dem Ombudsman ungeachtet der weiteren Bedeutung, die sie in einem anderen Kontext haben könnten, aufgelistet und definiert.

Es wurde im Fachteil aus dem deutschsprachigen Raum nur die österreichische Volksanwaltschaft behandelt. Es wurde also darauf geachtet, dass die Begriffe weitgehend in Hinblick auf österreichisches Recht definiert wurden. Zusätzliche Anmerkungen wurden hinzugefügt bei Definitionen, die sich auf das deutsche Rechtssystem beziehen.

Dasselbe Prinzip wurde hinsichtlich des Vereinigten Königreichs gegenüber dem restlichen englischsprachigen Raum angewendet.

5 Glossar

DEUTSCH

Begriff:

Abberufung, *f*

Definition:

"Einseitige Beendigung der Organstellung in einer Körperschaft." (Alpmann Brockhaus, 2004)

Synonyme: Widerruf der Bestellung

ENGLISCH

Begriff:

removal from office

Definition:

1. "The dismissal of someone from a job or office." (The New Oxford American Dictionary, 2005)
2. "A person appointed to be the Commissioner may be relieved of office by Her Majesty at his own request, or may be removed from office by Her Majesty in consequence of Addresses from both Houses of Parliament, and shall in any case vacate office on completing the year of service in which he attains the age of sixty-five years." (Parliamentary Commissioner Act 1967 §1 Abs3)

Synonyme: relieve from office

FRANZÖSISCH

Begriff:

mettre fin aux fonctions d'un fonctionnaire

Definition:

"Le Médiateur de la République est nommé pour six ans par décret en conseil des ministres. Il ne peut être mis fin à ses fonctions avant l'expiration du délai qu'en cas d'empêchement constaté dans des conditions définies par décret en Conseil d'État." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 2)

DEUTSCH

Begriff:

Abgeordneter, Abgeordnete, *m.,f.*

Definition:

1. "Mitglieder eines Parlaments (Bundestag, Landtag) [Österreich: Nationalrat, Bundesrat]. (...) Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt." (Alpmann Brockhaus, 2004)
2. "Die Stellung des Abgeordneten ist durch die Verfassung der jeweiligen Staaten (...) und die Gesetze näher bestimmt." (Der Brockhaus, 2005)

ENGLISCH

Begriff:

Member of Parliament

Definition:

1. "A person with the right to sit in one of the two houses of Parliament." (Black's Law Dictionary, 2004)
2. "The members of [the highest legislature of a country] for a particular period." (Concise Oxford of current english, 1995)

Abkürzungen: MP (for the members of the Lower House)

FRANZÖSISCH

Begriff:

député, *m.*

Definition:

1. "Personne élue membre de l'Assemblée nationale." (Cornu, 1998)
2. "Un député ou un sénateur, saisi d'une réclamation qui lui paraît entrer dans la compétence et mériter l'intervention du Médiateur de la République, peut remettre cette réclamation à un délégué qui la transmet au Médiateur de la République." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 6-1)

Anmerkungen: "En France le Médiateur de la République est élu par le conseil des ministres." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 2)
Der Volksanwalt / Die Volksanwältin wird von den Abgeordneten im Nationalrat gewählt.
Siehe Kapitel 2.1.3 für weitere Informationen zum Bestellungsverfahren des UK
Parliamentary Commissioner for Administration.

Siehe Kapitel 2.2.3 für weitere Informationen zum Bestellungsverfahren des Médiateur de la République.

DEUTSCH

Begriff:

Akten, *pl.*

Definition:

"Hierunter versteht man die in einer bestimmten Angelegenheit von einer Behörde (Gericht) gesammelten und geordneten Schriftstücke. Zum Zwecke der Unterscheidung sind Akten regelmäßig mit einem bestimmten Aktenzeichen (Registerzeichen) versehen." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

file

Definition:

1. "A collection of papers or publications usually arranged or classified. Specification: The papers that make up a case." (veröffentlicht auf Find Law for legal professionals online law dictionary: <http://dictionary.lp.findlaw.com>, August 2009)
2. "A court's complete and official record of a case; a lawyer's complete record of a case; a portion or section of a lawyer's case." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: official document, record: "An official report of the proceedings and judgment in a court." (Oxford dictionary of English, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

dossier, *m.*

Definition:

"Réunion, sous une cote, de pièces relatives à une même affaire." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Akteneinsicht, *f*

Definition:

"Einsichtnahme in Akten des Gerichts, einer Verwaltungsbehörde oder der Staatsanwaltschaft auf Antrag von Verfahrensbeteiligten oder Dritten." (Alpmann Brockhaus, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

right to inspect files

Definition:

"The legal entitlement in certain circumstances to examine (...) [files] or documents." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

accès au dossier, *m*.

Definition:

1. "Droit pour l'intéressé, ou parfois seulement son conseil, d'avoir connaissance des pièces de la procédure qui le concerne." (Cornu, 1998)
2. "Le Médiateur de la République peut demander au ministre responsable ou à l'autorité compétente de lui donner communication de tout document ou dossier concernant l'affaire à propos de laquelle il fait son enquête." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 13)

Anmerkungen: Akteneinsicht ist ein Recht, das alle drei Ombudsman Institutionen haben.

DEUTSCH

Begriff:

Amt, *n.*

Definition:

1. "Im Beamtenrecht kennzeichnet das Amt (im statusrechtlichen) Sinne die Rechtsstellung des Beamten (Amt des Regierungsrats). Ein dieser Rechtsstellung entsprechender Aufgabenkreis bei einer bestimmten Behörde wird ebenfalls Amt (im funktionellem Sinne) genannt (Amt des Sachbearbeiters im Innenministerium)." (Der Brockhaus, 2005)
2. "Zum einen versteht man unter dem Begriff Amt einen Träger hoheitlicher Gewalt mit einem bestimmten Geschäftsbereich, also die Institution als solche (z.B. Finanzamt). Zum anderen werden auch Behördenteile als Ämter bezeichnet (z.B. Ordnungsamt der Stadt). Daneben wird der Begriff Amt auch für den auf eine Person zugeschnittenen Aufgabenbereich innerhalb der Verwaltung gebraucht (Leiter des Sozialamtes der Gemeinden, Sozialamtsleiter)." (Alpmann Brockhaus, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

office or civil service

Definition:

- Office: "A position of duty, trust, or authority, esp. one conferred by a governmental authority for a public purpose." (Black's Law Dictionary, 2004)
- Civil service: "The administrative branches of a government; the permanent professional branches of state administration, excluding military and judicial branches and elected politicians." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

fonction publique, *f.*

Definition:

1. "Activité incombant aux agents publiques." (Cornu, 1998)
2. "Ensemble de ceux-ci considéré comme une entité soumise à des règles organiques et fonctionnelles particulières." (Cornu, 1998)
3. "Service d'un but supérieur et commun." (Cornu, 1998)
4. "Ensemble des actes qu'un organe déterminé est appelé à faire pour ce service. Ex. fonction gouvernementale." (Cornu, 1998)
5. "Ensemble des actes d'une même sorte concourante à l'accomplissement du service. Ex. fonction législative." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Amtsblatt, *n*

Definition:

"Behördliches Mitteilungsblatt für amtliche Bekanntmachungen (z.B. das Amtsblatt der E.G.) die teils die Allgemeinheit betreffen und öffentlich bekannt zu machen sind, teils sich auf den internen Dienstbetrieb beziehen." (Der Brockhaus, 2005)

ENGLISCH

Begriff:

official gazette

Definition:

1. "An official journal with a list of government appointments (...) and other public notices." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "A publication in which the Crown lists certain statutory notices. It contains official announcements of, for example, awards of military decorations, appointments of judges, and the dissolution of partnerships. For a businessman or a lawyer the principal use of these publications is to detect those firms that have become insolvent." (A Dictionary of Law, 2009)

Synonyme: official journal

FRANZÖSISCH

Begriff:

journal officiel, *m.*

Definition:

1. "Publication officielle quotidienne destiné à assurer la publicité des lois, décrets, arrêtés, actes et documents administratifs du gouvernement, ainsi que du compte rendu des séances et débats des assemblés parlementaires." (Cornu, 1998)
2. "Si cette injonction n'est pas suivie d'effet, l'inexécution de la décision de justice fait l'objet d'un rapport spécial présenté dans les conditions prévues à l'article 14 et publié au Journal officiel." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 11)

Synonyme: "Parfois syn. de Gazette (dans les publications juridiques)" (Cornu, 1998)

Anmerkungen: Der Médiateur de la République veröffentlicht seine Spezialberichte im Amtsblatt.

DEUTSCH

Begriff:

Amtsdelikt, *n*

Definition:

"Bezeichnung für ein strafrechtliches Delikt, dem die Verletzung einer Amtspflicht zugrunde liegt." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Amtsmissbrauch

ENGLISCH

Begriff:

malfeasance in office

Definition:

"A wrongful or unlawful act; esp. wrongdoing or misconduct by a public official." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: malpractice in office

FRANZÖSISCH

Begriff:

Délit, *m.*

Definition:

"Délit commis dans l'exercice d'une fonction publique." (Doucet/Fleck, 2002)

"Lorsqu'il apparaît au Médiateur de la République qu'un organisme mentionné à l'article 1er n'a pas fonctionné conformément à la mission de service public qu'il doit assurer, il peut proposer à l'autorité compétente toutes mesures qu'il estime de nature à remédier à cette situation." (voir loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 9)

Anmerkungen: Im französischen kann "Amtsdelikt" nur umschrieben werden.

DEUTSCH

Begriff:

Amtspflicht, *f.*

Definition:

"Durch Übernahme des Amts ergeben sich mannigfache Rechte und Pflichten des Amtswalters, die durch Verfassung und Gesetz sowie durch interne Dienstanweisungen festgelegt sind." (Der Brockhaus, 2005)

ENGLISCH

Begriff:

official duty

Definition:

"Any action, performance, task or observance owed in by a person in an official or fiduciary capacity." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: duty of office

FRANZÖSISCH

Begriff:

mision de service publique, *f.*

Definition:

"Ce qui est confié par une personne à une autre (détermination d'où résulte la limite des pouvoirs de celui qui reçoit mission." (Cornu, 1998)

"Devoir inhérents à une charge publique." (Doucet/Fleck, 2002)

Synonyme: obligation de service

DEUTSCH

Begriff:

Amtsverschwiegenheit, *f.*

Definition:

1. "Ist die Pflicht des Amtsträgers, über die ihm bei seiner amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Der Beamte darf ohne Genehmigung des Dienstvorgesetzten über solche Angelegenheiten weder Aussagen noch Erklärungen abgeben.

Lit.: Schmidt-Aszmann, Besonderes Verwaltungsrecht." (Köbler, 1999)

2. "Alle Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden haben die Volksanwaltschaft bei der Besorgung ihrer Aufgaben zu unterstützen, ihr Akteneinsicht zu gewähren und auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Amtsverschwiegenheit besteht nicht gegenüber der Volksanwaltschaft." (B-VG Aches Hauptstück Art. 148b (1))

ENGLISCH

Begriff:

official secrecy

Definition:

"No obligation to maintain secrecy or other restriction upon the disclosure of information obtained by or furnished to persons in Her Majesty's service, whether imposed by any enactment or by any rule of law, shall apply to the disclosure of information for the purposes of an investigation under this Act." (Parliamentary Commissioner Act 1967 8. (3))

FRANZÖSISCH

Begriff:

confidentialité, *f.*

Definition:

"(Obligation de) discrétion professionnelle des fonctionnaires ou des officiers publique."
(Doucet/Fleck, 2002)

"Le caractère secret ou confidentiel des pièces dont il demande communication ne peut lui être opposé sauf en matière de secret concernant la défense nationale, de sûreté de l'Etat ou de politique extérieure." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 13)

Anmerkungen: Amtsverschwiegenheit gegenüber der Volksanwaltschaft, dem Parliamentary Ombudsman und dem Médiateur de la République gibt es nicht. Ausgenommen in Frankreich, wenn es um die nationale Sicherheit geht.

DEUTSCH

Begriff:

Antrag, *m.*

Definition:

"In einigen Rechtsgebieten das meist schriftliche Gesuch als Voraussetzung behördlicher oder gerichtlicher Tätigkeit." (Der Brockhaus, 2005)

ENGLISCH

Begriff:

application

Definition:

"A formal request to an authority." (Oxford Dictionary, 2005)

FRANZÖSISCH

Begriff:

requête, *f*

Definition:

"Acte motivé adressé par écrit à un magistrat, pour solliciter une autorisation ou faire ordonner une mesure de procédure." (Le Petit Robert, 2000)

"A défaut de l'autorité compétente, le Médiateur de la République peut, au lieu et place de celle-ci, engager contre tout agent responsable une procédure disciplinaire ou, le cas échéant, saisir d'une plainte la juridiction répressive." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la république Art. 9)

DEUTSCH

Begriff:

Auskunftspflicht, *f.*

Definition:

"Ist die Verpflichtung zur Erteilung einer Auskunft. Im Verwaltungsrecht erteilt eine Behörde (§ 25 VwVfG), soweit erforderlich, Auskunft über die den Beteiligten im Verwaltungsverfahren zustehenden Rechte und die sie betreffenden Pflichten." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

duty of disclosure

Definition:

"No obligation to maintain secrecy or other restriction upon the disclosure of information obtained by or furnished to persons in Her Majesty's service, whether imposed by any enactment or by any rule of law, shall apply to the disclosure of information for the purposes of an investigation under this Act." (Parliamentary Commissioner Act 1967 8. (3))

FRANZÖSISCH

Begriff:

-,

Definition:

"Obligation de fournir des renseignements" (Doucet/Fleck, 2002)

Anmerkungen: In Französisch wird Auskunftspflicht umschrieben.

DEUTSCH

Begriff:

Beamte, Beamtin, *m. f.*

Definition:

"Beamten stehen in einem öffentlich-rechtlichen, gesetzlich besonders geregelten Dienst- und Treueverhältnis gegenüber dem Staat (Bund, Land), einer Gemeinde oder sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Dienstherr), das durch Aushändigung einer Urkunde mit den Worten „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ (Ernennung), bei Wahlbeamten durch Annahme der Wahl, begründet wird. (Beamten im staatrechtlichen Sinne)." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

civil servant

Definition:

1. " A member of the civil service." (Oxford Advanced Learner's, 1995)
2. "[A member of the professional staff permanently employed by one of] the administrative branches of government." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

fonctionnaire, *m.*

Definition:

"Agent d'une collectivité publique dont la situation dans la fonction publique est caractérisée par la permanence de l'emploi dans lequel il a été nommé et par sa titularisation dans un grade de la hiérarchie." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Behörde, *f.*

Definition:

"Behörden sind allgemein in den Organismus der Verwaltung des Staates (oder anderer Körperschaften und Anstalten des Öffentl. Rechts) eingeordnete organisatorische Einheiten von Personen und sächlichen Mitteln, die – mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestattet – dazu berufen sind, unter öffentl. Autorität für die Erreichung der Zwecke des Staates oder von ihm geförderter Zwecke tätig zu sein." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

authorities (the)

Definition:

1. [Term that refers to] "a person or body having authority, esp. political or administrative . (Mainly used in plural)." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. [In sing.] "A governmental agency or corporation that administers a public enterprise, [also termed public authority]." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: public authority

FRANZÖSISCH

Begriff:

autorité, *f.*

Definition:

"Ensemble des organes investis d'un certain pouvoir." "Ex. l'autorité municipale." (Cornu, 1998)

Synonyme: service; office

DEUTSCH

Begriff:

Bericht, *m.*

Definition:

"Berichtspflicht (Jus) Verpflichtung zur Berichterstattung an die übergeordnete Dienststelle, Behörde." (Österreichisches Wörterbuch, 2006)

ENGLISCH

Begriff:

report

Definition:

1. "A formal oral or written presentation of factors a recommendation for action." (Black's Law Dictionary, 2004)
2. "An account given or an opinion formally expressed after investigation or consideration." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

rapport, *m.*

Definition:

"Rapport officiel: conclusions d'une personne ou d'une commission chargée par une autorité d'étudier pour celle-ci un certain point ou une certaine question en vu de lui faire connaître la vérité et de lui proposer une action appropriée ex. Conclusions d'une conclusion d'une assemblée parlementaire ayant eu à examiner un texte préalablement à sa discussion et à son vote en scéance plénière en vu de proposer son adoption, son rejet ou sa modification." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Beschwerde, *f.*

Definition:

1. "Rechtsmittel gegen gerichtliche Beschlüsse im Strafverfahren." (Russwurm & Schoeller, 1997)
2. "Rechtsbehelf gegen vorschriftswidriges Verhalten eines Vollstreckungsorganes (§68 EO) Exekutionsordnung." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

complaint

Definition:

1. "A grievance or cause for dissatisfaction." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "(Law) The plaintiff's initial pleading in a civil action." (Concise Oxford of current english, 1995)
3. "The initial pleading that starts a civil action and states the basis for the court's jurisdiction, the basis for the plaintiff's claim, and the demand for relief." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

recours, *m.*

Definition:

"En un sens vague et général, tout droit de critique ouvert contre un acte, quelles que soit la nature de cet acte (décision administrative ou juridictionnelle, etc.) et la qualité de l'autorité de recours (juridiction ou autorité administrative, etc.)." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Billigkeit

Definition:

"Billigkeit: (lat. Aequitas) ist die natürliche Gerechtigkeit. Die Billigkeit kann u.U. zur Milderung der Härten des geltenden Rechts berücksichtigt werden.

Lit.: Enneccerus/Nipperdey; Hoyningen/Huene, G. Frhr.v., Die Billigkeit im Arbeitsrecht 1978" (Köbler, 1999)

Synonyme: recht und billig

ENGLISCH

Begriff:

equitable

Definition:

"Consistent with the principles of justice and right." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

équité, *f.*

Definition:

1. "Justice fondée sur l'égalité; effort pour rendre à chacun le sein." (Cornu, 1998)

2. "Atténuation, modification apportées au Droit, à la loi, en considération de circonstances particulières; modération raisonnable dans l'application du Droit." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Bundesgesetzblatt, *n*

Definition:

"Das BGBl. ist das Publikationsorgan für die vom Bund erlassenen Rechtsvorschriften (Gesetze und Rechtsverordnungen). Es wird vom Bundesminister der Justiz herausgegeben." (Creifelds, 2004)

Abkürzungen:Abkürzungen: BGBl.

ENGLISCH

Begriff:

Federal law gazette

Definition:

Siehe Amtsblatt

FRANZÖSISCH

Begriff:

Journal officiel de la République fédérale d'Autriche, *m*.

Definition:

Siehe Amtsblatt

DEUTSCH

Begriff:

Bundespräsident, *m.*

Definition:

"Durch unmittelbare, geheime, gleiche, allgemeine, freie und persönliche Wahl durch das Bundesvolk auf die Dauer von sechs Jahren gewähltes Staatsoberhaupt; der Bundespräsident vertritt die Republik nach außen und ist ein oberstes Vollzugsorgan." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

Bundespräsident

Definition:

1. "Federal President, Head of State of the Republic of Austria, highest organ of the executive along with the Federal Chancellor, the Vice Chancellor and the Federal Ministers. The office of the Federal President was set up by the Federal Constitution of October 1, 1920. According to the constitutional amendment of 1929, the Federal President is elected by direct vote of the people and thus constitutes a political counterbalance to the parliament (first election of a federal president in 1951)." (www.aeiou.at, 2009)

2. [In the United Kingdom the head of the state is the queen. However the Prime Minister is:]
-"The chief executive of a government. The head of the cabinet." (Black's Law Dictionary, 2004)

Abkürzungen: P.M.

FRANZÖSISCH

Begriff:

Président de la République fédéral d'Autriche, *m.*

Definition:

"Titre du chef de l'État dans une République." (Guinchard, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Bundesrat, *m.*

Definition:

"Allgemeiner Vertretungskörper, der den Ländern ein Mitwirkungsrecht an der Bundesgesetzgebung gewährleistet." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

upper chamber

Definition:

"In a bicameral legislature, the smaller of the two legislative bodies, such as the Senate or the House of Lords." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

(Aut) Conseil Fédéral, *m.*

Definition:

"Élu au scrutin indirect pour 5 ou 6 ans par les diètes des 9 Länder." (www.europe-politique.eu, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Bundesregierung, *f.*

Definition:

"Kollegialorgan bestehend aus Bundeskanzler, Vizekanzler und Bundesministern, dem oberste Verwaltungsgeschäfte durch Gesetz übertragen sind; Entscheidungen haben einstimmig zu erfolgen." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

Federal Government

Definition:

"Federal Government, along with the Federal President, the Federal Chancellor, the Vice Chancellor and the Federal Ministers one of the supreme federal executive bodies. The federal government consists of the federal chancellor, the vice-chancellor and the federal ministers. The federal government is headed by the federal chancellor; its resolutions have to be passed unanimously. From 1918 to 1929 the federal government was elected by the Nationalrat, since then the federal chancellor and the federal ministers (on proposal of the federal chancellor) are appointed and sworn in by the federal president. The federal president can dismiss the federal government; if the Nationalrat passes a vote of no confidence, he is obliged to dismiss it. The federal government participates in the conduct of business of the state; acts of the federal president usually require a proposal made by the federal government; it can submit government bills to the Nationalrat.

Lit.: H. Pfeiffer, Die Beschlußfassung der Bundesregierung und die Verantwortlichkeit ihrer Mitglieder, Juristische Blätter 1964, issue 19/20." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

gouvernement fédéral, *m.*

Definition:

1. "En un sens large, ensemble des pouvoirs publics d'un pays." (Cornu, 1998)
2. "Plus souvent, en un sens étroit: ensemble des organes exécutifs." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Bundestaat, *m*

Definition:

"Zusammenschluss mehrerer Staaten zu einem Gesamtstaat. Beim Bundesstaat ist die Ausübung der Staatsgewalt auf einen Zentralstaat und mehrere Gliedstaaten aufgeteilt. Es gibt zwei staatliche Ebenen: den Bund und die Länder. Den Gegensatz zum Bundesstaat bildet der Einheitsstaat. Beim Einheitsstaat hat nur der Zentralstaat Staatsqualität. Beim Bundesstaat haben die einzelnen Gliedstaaten selbst Staatsqualität. Einheitsstaaten sind z.B. Frankreich, Großbritannien, (...). Bundesstaaten sind neben der Bundesrepublik Deutschland u.a. die Schweiz (...) Österreich." (Alpmann Brockhaus, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

Federal State

Definition:

"Federal State (Bundesstaat): Austria is a Federal State (in accordance with Article 2 of the Federal Constitutional Law) and is composed of nine Federal Provinces according to the Principle of Federalism . Legislative and executive powers are shared by the Federal Government and the Federal Provinces; judicial powers are reserved to the Federal level." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

état fédéral, *m*.

Definition:

"Groupement créé entre des unités politiques par une Constitution commune, dans lequel elles gardent certaines compétences de gouvernement, législation et juridiction permettant de les considérer comme États membres, mais perdent leur souveraineté au profit du groupement, lequel a les compétences les plus importantes, le plus souvent, seul, la personnalité internationale, et est le véritable État." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Bundesversammlung, *f.*

Definition:

"Kollegiales Vollzugsorgan, welches aus den Mitgliedern des Nationalrates besteht, mit sehr eingeschränktem, jedoch wesentlichem Aufgabenbereich (Kriegserklärung, Angelobung des Bundespräsidenten, Vorgehen gegen den Bundespräsidenten)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

Federal Assembly

Definition:

"Bundesversammlung (Federal Assembly), composed of the members of the Nationalrat and the Bundesrat. Its functions are to induct the Federal President into office (to call for a plebiscite on the Federal President's premature removal from office; to approve impeachment of the Federal President; to bring charges of violation of the Federal Constitution against the Federal President at the Austrian Constitutional Court (Verfassungsgerichtshof)); to declare war. Between 1920 and 1931 and in 1945 the Federal President was elected by the Federal Assembly." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

congrès fédéral, *m.*

Definition:

"Réunion des membres des deux chambres du parlement en une seule assemblée sur décision du Président de la République, et après délibérations séparées des chambres, en vue de statuer sur une révision de la constitution (Const. 1958, a. 89)." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Bürgerinitiative, *f.*

Definition:

"Die Bürgerinitiative ist der meist rechtlich nicht verselbständigte Zusammenschluss von Bürgern zur Erreichung eines bestimmten allgemeinen Zweckes (z.B. Verhinderung eines Bauvorhabens). Eine Bürgerinitiative ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann als solche rechtlich nicht tätig werden." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

citizen's initiative

Definition:

1. "The right of the citizens outside the legislature to originate legislation." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "An electoral process by which a percentage of voters can propose legislation and compel a vote on it by the legislature or by the full electorate." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

initiative populaire, *f.*

Definition:

"Possibilité que le Droit constitutionnel de certains pays ouvre à un certain nombre d'électeurs de proposer le principe d'une loi ou un texte de loi, que sera soumis au Parlement ou à un referendum." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Dekret, *m.*

Definition:

1. "Entscheidung, Erlass." (Köbler, 1999)
2. "Entscheidung: ist die gerichtliche EntschlieÙung in einer bestimmten Frage. Sie ist Urteil, BeschluÙ oder Verfügung. Sie ist in einem bestimmten Verfahren zu treffen (§§ 192 ff. GVG). Sie wirkt grundsätzlich nur unter den Verfahrensbeteiligten.
Lit.: Wolf, Gerichtsverfassungsrecht" (Köbler, 1999)
3. "ErlaÙ: ist im Verwaltungsrecht die für den internen Dienstbetrieb der Verwaltung bestimmte allgemeine Anweisung (der übergeordneten Behörde) (Verwaltungsvorschrift z.B. MinistererlaÙ).
Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

Synonyme: Entscheidung, ErlaÙ

ENGLISCH

Begriff:

decree

Definition:

"An official order issued by a legal authority." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

décret, *m.*

Definition:

"Un décret est un texte du pouvoir exécutif, à portée générale ou individuelle, signé par le Président de la République (articles 13,21 et 37 de la Constitution du 4 octobre 1958)."
(Bissardon, 2009)

Synonyme: règlement

DEUTSCH

Begriff:

Delegierte, Delegierter, *f. m.*

Definition:

"Delegation: (Übertragung, Abordnung, Ausschuß) ist die - nur ausnahmsweise - auf Grund gesetzlicher Ermächtigung zulässige Übertragung einer Zuständigkeit eines Verwaltungsträgers oder einer Behörde auf einen anderen Verwaltungsträger oder eine andere Behörde zu eigener Wahrnehmung. Gegensatz der Delegation ist das Mandat. Als Delegation wird darüber hinaus auch eine Personengruppe bezeichnet, die kraft Delegation bestimmte Aufgaben wahrnimmt

Lit.: Thieme, Verwaltungslehre" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

delegate

Definition:

"One who represents or acts for another person or a group." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

délégué, *m.*

Definition:

"Représentant: celui qui fait valoir les intérêts d'une autre personne physique ou morale."
(Cornu, 1998)

Synonyme: Représentant

DEUTSCH

Begriff:

Demokratie, *f.*

Definition:

"Demokratie heißt wörtlich „Volksherrschaft“ (griech:demos = Volk, kratein =herrschen).Als Begriff der politischen Herrschafts- und Staatsformenlehre bedeutet D. die Herrschaft vieler oder aller (Bürger) und ist damit jedenfalls das Gegenbild zur Herrschaft eines einzelnen (Monarchie, Diktatur) oder weniger (Aristokratie, Oligarchie)." (Deutsches Rechtlexikon,1992)

ENGLISCH

Begriff:

democracy

Definition:

1. "A system of government by the whole population, usu. through elected representatives; a state so governed." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "Government by the people, either directly or [in organized societies] through representatives." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

democratie, *f.*

Definition:

"Régime politique dans lequel le pouvoir suprême est attribué au peuple qui l'exerce lui même, ou par l'intermédiaire des représentants qu'il élit." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Disziplinarverfahren, *n.*

Definition:

"Das Disziplinarverfahren dient der Durchsetzung der Disziplinargewalt des Dienstherrn gegenüber den Beamten. Es gehört zum formellen Disziplinarrecht und ist teilweise dem Strafverfahren nachgebildet. Das Disziplinarverfahren gliedert sich in ein behördliches Disziplinarverfahren unter Leitung des Dienstvorgesetzten, der Verdacht eines Dienstvergehens zur Aufklärung eines Sachverhalts." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

disciplinary proceeding

Definition:

"An action brought to reprimand, suspend, or expel a licenced professional or other person from a profession or other group because of unprofessional, unethical, improper, or illegal conduct." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: disciplinary procedure; disciplinary action

FRANZÖSISCH

Begriff:

procédure disciplinaire, *f.*

Definition:

"Action disciplinaire: action (indépendante de l'action pénale) par laquelle une autorité investi du pouvoir disciplinaire demande à l'instance compétente de déclarer une personne coupable d'une faute professionnelle et, suivant que cette instance a ou non caractère juridictionnel, de prononcer la sanction de cette faute ou d'émettre un avis sur cette sanction." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Empfehlung, *f.*

Definition:

"Die Empfehlung ist gemäß Art 249 Abs 5 EGV ein unverbindlicher (aber nicht unerheblicher) individuell-konkreter Rechtsakt, der dem Adressaten ein bestimmtes Verhalten nahelegen kann, zB gemäß Art 99 Abs 4 EGV in der Wirtschaftspolitik." (Keil/Bezemet, 2009)

ENGLISCH

Begriff:

recommendation

Definition:

1. "[A suggestion of something] as fit for some purpose or use." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "Advise as a course of action, etc." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

recommandation, *f.*

Definition:

"Invitation à agir dans un sens déterminé; par opposition à directive ou injonction, suggestion en général dépourvue de caractère contraignant." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Entlassung, *f.*

Definition:

"Vorzeitige Auflösung eines Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber aus dem Dienstnehmer zuzurechnenden Gründen, welche die Fortsetzung dieses Dienstverhältnisses für den Dienstgeber unzumutbar machen (§ 27 AngG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

discharge (to)

Definition:

1. "Release esp. from a duty (...)." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "Dismiss from office, employment, army commission, etc." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: discharge; release; dismissal; removal

FRANZÖSISCH

Begriff:

renvoi, *m.*

Definition:

"Acte par lequel l'employeur rompt unilatéralement le contrat de travail et congédie un ou plusieurs salariés." (Cornu, 1998)

Synonyme: licenciement

DEUTSCH

Begriff:

Erlass, *m.*

Definition:

"(Auch "Runderlass", "Ministerialerlass" o.ä.) wird im Verwaltungsrecht eine allgemeine Anordnung für den internen Dienstbetrieb einer oder mehrerer (nachgeordneter) Behörden benannt. Erlass in diesem Sinn sind Verwaltungsvorschriften, die nur für die Behörden, nicht aber für Aussenstehende verbindlich sind." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

edict

Definition:

"An order proclaimed by authority." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: act; decree; issuance

FRANZÖSISCH

Begriff:

arrêté, *m.*

Definition:

"Dénomination générique des actes généraux, collectifs ou individuels, pris par les ministres, les préfets, les maires et différentes autorités administratives; décisions d'une autorité exécutive non suprême, comportant en la forme des visa, quelquefois des considérants et un dispositif rédigé en articles." (Cornu, 1998)

Synonyme: décret

DEUTSCH

Begriff:

Ernennung, *f.*

Definition:

"Der statusbegründende oder statusverändernde Verwaltungsakt im Beamtenrecht."
(Alpmann Brockhaus, 2004)

"Die Ernennung ist streng formgebunden. Sie erfolgt durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde, die einen bestimmten, gesetzlich festgelegten Inhalt haben muss (§5 Abs.2 BRRG)." (Alpmann Brockhaus, 2004)

Synonyme: Bestellung

ENGLISCH

Begriff:

appointment

Definition:

"The designation of a person such as a nonelected public official for a job or duty; esp. the naming of someone to a nonelected public office." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

nomination, *f.*

Definition:

"Acte qui, avec la titularisation, conditionne la collation de la qualité de fonctionnaire."
(Cornu, 1998)

Synonyme: désignation; accès à la fonction publique

DEUTSCH

Begriff:

Fall, *m.*

Definition:

"Ist die einzelne konkrete rechtlich relevante Geschehenseinheit (z.B. ein bestimmter Verkehrsunfall).

Lit.: Köbler, Anfängerübung" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

case

Definition:

1. "A matter under official investigation, esp. by the police." (Concise Oxford of current english, 1995)

2. "The sum of the arguments on one side, esp. in a lawsuit." (Concise Oxford of current english, 1995)

3. "A civil or criminal proceeding, action, suit or controversy at law or in equity." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: instance

FRANZÖSISCH

Begriff:

cause, *f.*

Definition:

"Litige: souvent synonyme de procès ou de cause. Plus exactement, différent, désaccord, conflit considéré dès le moment où il éclate comme pouvant faire l'objet d'une transaction, d'un compromis d'arbitrage, entre autres modes de solution de litiges, indépendamment de tout recours à la justice étatique." (Cornu, 1998)

Synonyme: contestation; affaire; litige; procès

DEUTSCH

Begriff:

Frist, *f.*

Definition:

"Rechtlich erheblicher Zeitraum, innerhalb dessen Rechtshandlungen zu setzen oder zu unterlassen sind." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

deadline

Definition:

"A time limit for the completion of an activity, etc." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: time limit

FRANZÖSISCH

Begriff:

délai; délai imparti, *m.*

Definition:

"Laps de temps fixé par la loi, le juge ou la convention soit pour interdire, soit pour imposer d'agir avant l'expiration de ce temps." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Gebietskörperschaft, *f*

Definition:

"Juristische Person des öffentlichen Rechts, die alle Personen erfasst, die zu einem bestimmten Gebiet in einer örtlichen Beziehung stehen (insbesondere Bund, Länder, Gemeinden)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

territorial authorities

Definition:

"Public law entities with jurisdiction over all legal subjects related to a given region (by domicile, residence etc.). Territorial Authorities in Austria are the state, the provinces and the municipalities." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

collectivité territoriale ou locale,

Definition:

"Personne morale de droit publique." (Doucet/Fleck, 2002)

DEUTSCH

Begriff:

Gemeinde, *f.*

Definition:

"Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung, zugleich Verwaltungssprengel und selbständiger Wirtschaftskörper (Art. 116 B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

municipality

Definition:

1. "A town or district having local government." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "The governing body of this an area." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

commune, *f.*

Definition:

"Dernière subdivision administrative du territoire ayant le double caractère de circonscription de l'administration d'État et de collectivité locale." (Cornu, 1998)

Synonyme: ville

DEUTSCH

Begriff:

Gericht, *n.*

Definition:

"Das Gericht ist das Organ, das Rechtsprechung (richterliche Gewalt) auszuüben hat."
(Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

court

Definition:

"A body of persons presided by a judge or a magistrate and acting as tribunal in civil and criminal cases. [best known as a court of law]." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

juridiction, *f.*

Definition:

1. "Organe institué pour exercer le pouvoir de juridiction." (Cornu, 1998)
2. "Cour: nom donné à certaines juridictions en raison du degré élevé qu'elles occupent dans la hiérarchie judiciaire (Cour de cassation, cour d'appel) ou en considération de leur organisation et de leur compétence particulières (Cour des comptes, cour d'assises); désigne, selon les cas, soit l'institution même, soit, à l'audience, la formation des magistrats qui siègent, soit les locaux où la juridiction est installée." (Cornu, 1998)

Synonyme: "juge ou tribunal (en sens large), y compris les tribunaux qui portent le nom de cour; cour de justice" (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Gerichtsbarkeit, *f.*

Definition:

"Verfassungsrechtlich normierter Teil der Vollziehung, der nicht Verwaltung ist und mit unabsetzbaren, unversetzbaren und unabhängigen (in ihrer Entscheidung weisungsfreien) Richtern besetzt ist (Art 82 ff B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Rechtssprechung

ENGLISCH

Begriff:

jurisdiction

Definition:

1. "The state's application of the sanction of force to the rule of right." (Black's Law Dictionary, 2004)
 2. "The administration of justice." (Concise Oxford of current english, 1995)
-

FRANZÖSISCH

Begriff:

jurisdiction, *f.*

Definition:

"La compétence juridictionnelle est le pouvoir accordé à une juridiction d'instruire et de juger telle ou telle affaire." (Bissardon, 2009)

Synonyme: compétence juridictionnelle

DEUTSCH

Begriff:

Gesetz, *n.*

Definition:

"Norm, die auf verfassungsmäßig vorgesehenen Weg zustandegekommen ist, ordnungsgemäß kundgemacht wurde und dem Normadressaten ein Handeln oder Unterlassen vorschreibt, welches auch zwangsweise durchgesetzt werden kann." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

1. (staatlich) Law;
2. Jur. Parl. Act

Definition:

1. "A rule enacted or system of rules recognised by a country or community as regulating the actions of its members and enforced by the imposition of penalties." (Concise Oxford, 2002)
2. "A written ordinance of Parliament [or other legislative body.]" (Concise Oxford of current english, 2002)

FRANZÖSISCH

Begriff:

loi, *f.*

Definition:

"Règle de conduite dans les rapports sociaux, générale, abstraite et obligatoire, dont la sanction est assurée par la puissance public." (Guinchard, 2009)

Synonyme: norme juridique; règle de droit; règle juridique

DEUTSCH

Begriff:

Gesetzgeber, *m.*

Definition:

"Die gesetzgebende Gewalt (Legislative) ist neben vollziehender Gewalt und Rechtssprechung ein Teil der Staatsgewalt (Gewaltentrennung). Ihr Träger ist nach der Staatsform verschieden. In der Demokratie liegt die gesetzgebende Gewalt entweder beim Volk selbst (so z.T. in der Schweiz; (...)) oder - so die Regel - bei der vom Volk gewählten Vertretung, dem Parlament." (Creifelds, 2004)

Synonyme: Legislative; die gesetzgebende Gewalt

ENGLISCH

Begriff:

legislator

Definition:

"One who makes laws within a given jurisdiction; a member of a legislative body. - Also termed lawmaker." (Black's Law Dictionary, 2004)

2. A lawmaker "A person who lays down law." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: lawmaker

FRANZÖSISCH

Begriff:

législateur, *m.*

Definition:

"L'organe du pouvoir législatif; celui qui fait la loi." (Cornu, 1998)

Synonyme: pouvoir législatif; parlement

DEUTSCH

Begriff:

Gesetzgebung, *f.*

Definition:

1. "(Legislative): Der Teil der Staatsgewalt neben der vollziehenden Gewalt (Exekutive) und der Rechtsprechung (Judikative), der Gesetze im formellen Sinne erlässt. Gesetze im materiellen Sinne können dagegen auch von der Exekutive erlassen werden." (Alpmann Brockhaus, 2004)
2. "Im funktionellen Sinne ist Gesetzgebung der Aufgabenbereich, welcher der gesetzgebenden Gewalt (Legislative) im Rahmen der Gewaltentrennung zugewiesen ist." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

legislature

Definition:

"The branch of government responsible for making statutory laws." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

Pouvoir législatif, *m.*

Definition:

"Organe collégial, délibérant, issu de l'élection dont le principe de compétence est l'exercice total ou partiel de cette fonction, même lorsqu'on fait allusion à ses autres compétences. Ex. le pouvoir législatif a vu diminuer ses prérogatives en matière exécutive." (Cornu, 1998)

Synonyme: parlement

DEUTSCH

Begriff:

Gesetzmäßigkeit, *f.*

Definition:

"Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ist der Grundsatz, daß die Verwaltung keine Maßnahmen treffen darf, die gesetzwidrig sind.
Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

legality

Definition:

"The quality of being legal [or according to law]."
(Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: lawfulness

FRANZÖSISCH

Begriff:

légalité, *f.*

Definition:

"Conformité à la loi; caractère de ce qui est conforme à la loi (au sens formel), plus largement au droit écrit, parfois même au Droit positif dans son ensemble." (Cornu, 1998)

Synonyme: conformité au droit

Anmerkungen: Vorsicht, "légalité" im frz. darf nicht mit "légitimité" verwechselt werden.

DEUTSCH

Begriff:

gesetzwidrig

Definition:

"Gesetzwidrigkeit ist der Widerspruch eines Verhaltens oder Zustandes zur Rechtsordnung. Lit.: Palandt, BGB" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

illegal act

Definition:

"[An act that is] forbidden by law; unlawful." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: unlawful act

FRANZÖSISCH

Begriff:

illégal

Definition:

"Contraire à la loi" (Doucet/Fleck 2002)

DEUTSCH

Begriff:

Grundrechte, *pl.*

Definition:

"Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, die verfassungsrechtlich garantiert sind; man unterscheidet unter anderem Wahlrecht, Freiheitsrechte und Recht auf Aufenthalt." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

constitutional rights

Definition:

"A right guaranteed by a constitution." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: civil liberties

FRANZÖSISCH

Begriff:

droit fondamental, *m.*

Definition:

"Ensemble évolutif de droits considérés en raison de leur importance comme s'imposant au législateur et au pouvoir réglementaire, et qui englobe actuellement pour l'essentiel les droits de l'Homme et les droits sociaux comme le droit de grève." (Guinchard, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

hoheitlich

Definition:

"Kraft staatlicher Hoheitsgewalt, in öffentlich rechtlicher Handlungsform.
Lit.: Leitges, K., die Entwicklung des Hoheitsbegriffes, 1998" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

sovereign

Definition:

1. "Characteristic of or endowed with supreme authority." (Black's Law Dictionary, 2004)
2. "Possessing sovereign power." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

souverain, *m.*

Definition:

"Qui a la souveraineté. Qui échappe au contrôle du juge de cassation. (Plus largement, qui échappe au contrôle d'un organe supérieur)." (Cornu, 1998)

Synonyme: suprême

DEUTSCH

Begriff:

Immunität, *f.*

Definition:

"Verfassungsrecht: Nichtunterliegen der Nationalratsabgeordneten [in diesem Fall der Volksanwälte und der Volksanwältinnen] wegen der in Ausübung ihres Berufes erfolgten Abstimmungen oder Äußerungen unter straf-, zivilgerichtliche oder verwaltungsbehördliche Gewalt (Art. 57 B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

immunity

Definition:

"Any exemption from a duty, liability, or service of process; esp. such an exemption granted to a public official." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

immunité, *f.*

Definition:

"Immunité parlementaire: immunité dont bénéficient les membres des assemblées parlementaires pour les discours proférées à la tribune ainsi que pour les rapports ou autres pièces imprimées par l'ordre d'une de ces assemblées (l. 29 juill. 1881, a.41, al. 1 et 2), immunité qui coïncide avec la garantie constitutionnelle de leur irresponsabilité." (Cornu, 1998)

"En un sens plus large, privilège faisant échapper une personne, en raison d'une qualité qui lui est propre, à un devoir ou une sujétion pesant sur les autres; prérogatives reconnues à une personne l'exemptant à certains égards de l'application du droit commun." (Cornu, 1998)

Anmerkungen: Die Volksanwaltschaft genießt keine strafrechtliche Immunität. Der Parliamentary Ombudsman genießt diese nur sofern es jene Angelegenheiten betrifft, die er in seinen Berichten aufführt, der Médiateur de la République im Rahmen seiner Tätigkeiten (vgl. Kucsko-Stadlmayer, 2008).

DEUTSCH

Begriff:

juristische Person, *f.*

Definition:

"(Alte Bezeichnung: moralische Person), Gebilde, dem Rechtspersönlichkeit aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Regelung eingeräumt wird; eine juristische Person ist selbst rechtsfähig, für ihre Handlungsfähigkeit sind natürliche Personen als Organwalter erforderlich; die wichtigsten juristischen Personen sind: Kapitalgesellschaften, Vereine, Körperschaften, Privatstiftung." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

legal person

Definition:

"A [legal entity], such as a corporation, created by law and given certain rights and duties of a human being. Also termed fictitious or juristic person." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: artificial person; fictitious person; juristic person; juridical person; moral person

FRANZÖSISCH

Begriff:

personne morale, *f.*

Definition:

"Groupement doté, sous certaines conditions, d'une personnalité juridique plus ou moins complète; sujet de droit fictif qui, sous l'aptitude commune à être titulaire de droit et d'obligation, est soumis à un régime variable, not. selon qu'il s'agit d'une personne morale de droit privé ou une personne morale de droit public." (Cornu, 1998)

Synonyme: être moral; personne civile

DEUTSCH

Begriff:

Justiz, *f.*

Definition:

"Rechtspflege (vielfach nur der ordentlichen Gerichtsbarkeit).

Lit.: Handbuch der Justiz, bearb. Von Marqua, P., 24.A. 1998; Harfst, G., An-Tel-Fax. Wegweiser zu den Justizbehörden, 2. A. 1994" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

judicature

Definition:

1. "The action of judging or of administering justice through duly constituted courts." (Black's Law Dictionary, 2004)

2. "The judiciary. The branch of government responsible for interpreting the laws and administering justice." (Black's Law Dictionary, 2004)

3. "A judge's office, function and authority." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

justice, *f.*

Definition:

"(Dans un sens vague). Qui appartient à la justice, par opposition à législatif et administratif.

(Dans un sens précis). Qui concerne la justice rendue par les tribunaux judiciaires.

(Ordre). Ensemble des juridictions jugeant les procès civils, commerciaux et pénaux et relevant du contrôle de la Cour de cassation (par opp. à l'ordre des juridictions administratives)." (Cornu, 1998)

Synonyme: service public de la justice; appareil judiciaire

DEUTSCH

Begriff:

Justizverwaltung, *f.*

Definition:

"(Gerichtsverwaltung): (bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit Justizverwaltung) ist der die Gerichte betreffende Teil der Verwaltung (z.B. Bestaffung von Grundstücken, Arbeitsmittel und Personal für Gerichte).

Lit.: Kissel, O. Gerichtsverfassungsgesetz, 2.A. 1994" (Köbler, 1999)

Synonyme: Gerichtsverwaltung

ENGLISCH

Begriff:

court administration

Definition:

In UK: "Her Majesty's Courts Service. HMCS provides administration and support for the Court of Appeal, the High Court, the Crown Court, the magistrates' courts, the county courts and the Probate Service." (www.hmcourts-service.gov.uk (Stand 2009))

FRANZÖSISCH

Begriff:

Acte d'administration judiciaire, *f.*

Definition:

"Dans un sens très étroit , acte d'administration intérieure de la juridiction relevant de la gestion administrative (personnel, budget, bâtiment, etc.)." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Klage, *f.*

Definition:

"An ein Zivilgericht gerichteter Antrag auf Rechtsschutz, mit dem ein Zivilprozess eingeleitet werden wird, die Parteien bezeichnet werden und eine Sachentscheidung über das Klagebegehren begehrt wird." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

lawsuit

Definition:

"The process or an instance of making a claim in a law court." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: grievance; (law) suit; petition; plaint; suit at law

FRANZÖSISCH

Begriff:

recours contentieux, *m.*

Definition:

"(Adm.). Recours formé devant une juridiction, par opp. aux recours administratifs (ex. Recours de pleine juridiction, recours pour excès de pouvoir)." (Cornu, 1998)

Synonyme: requête; plainte; litige

DEUTSCH

Begriff:

Kollegialorgan, *n.*

Definition:

"(Kollegialbehörde) ist die aus mehreren gleichberechtigten Mitgliedern bestehende, meist durch Stimmenmehrheit beschließende Behörde. Sie steht im Gegensatz zur monogratisch organisierten Behörde.

Lit. Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

Synonyme: Kollegialbehörde

ENGLISCH

Begriff:

collegial

Definition:

[...authority, body] "Relating to or involving shared responsibility." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

organe collégial, *m.*

Definition:

"Organe organisé en collège avec deux personnes ou plus à la tête." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Legalitätsprinzip, *n.*

Definition:

1. "Verfassungsgesetzliche Anordnung, dass die gesamte staatliche Vollziehung (Verwaltung und Gerichtsbarkeit) nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden darf (Art 18 B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)
2. "Verpflichtung des öffentlichen Anklägers, alle von Amts wegen zu verfolgenden strafbaren Handlungen bei hinreichenden Verdachtsgründen zu verfolgen (§ 34 St PO)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Gesetzmäßigkeitsgrundsatz

ENGLISCH

Begriff:

principle of legality

Definition:

"The principle that a person may not be prosecuted under a law that has not been previously published." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

principe de légalité, *m.*

Definition:

"Conformité à la loi; caractère de ce qui est conforme à la loi (au sens formel), plus largement au Droit écrit, parfois même au Droit positif dans son ensemble." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Mandat, *n.*

Definition:

"(Im Zivilrecht: Auftrag) Vertrag zwischen Auftraggeber und Beauftragtem über die Vornahme von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen durch den Beauftragten auf Rechnung des Auftraggebers." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

(parliamentary) seat

Definition:

"A parliamentary constituency." (Concise Oxford, 2002)

"A place in an elected parliament or council" chiefly Brit." (Concise Oxford, 2002)

FRANZÖSISCH

Begriff:

mandat, *m.*

Definition:

"Mandat parlementaire (ou législatif). Nom sous lequel on désigne couramment la fonction de membre élu du Parlement." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Ministerrat, *m.*

Definition:

"Zur Unterscheidung von der Regierung im funktionellen Sinn bezeichnet man die Regierung im organisatorischen Sinn häufig als "Kabinett" oder "Ministerrat"; diesem obliegen bestimmte grundsätzliche Entscheidungen der Regierung im funktionellen Sinne (Kabinettsangelegenheiten). Nach dem Ressortprinzip leitet jeder Minister innerhalb der vom Regierungschef bestimmten Richtlinien der Politik seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung." (Creifelds, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

Council of Ministers

Definition:

"(in Austria) Council of Ministers, assembly of the Federal Government under the chairmanship of the Federal Chancellor in the Federal Chancellery. Meets once a week (mostly on Tuesdays), consists of the Federal Chancellor, Vice-Chancellor and the Federal Ministers. The Staatssekretäre (state secretaries) are called in for consultation." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

cabinet gouvernemental, conseils de cabinet, *m.*

Definition:

1." Dans le régime parlementaire: ensemble des ministres et secrétaires d'État unis par la solidarité et soumis à la responsabilité politique collective (sous la Ve République on parle plutôt en ce sens de gouvernement.

- (Cabinet de conseil). Réunion de l'ensemble des ministres et secrétaires d'État sous la présidence de leur chef (président du Conseil ou Premier ministre); ne pas confondre avec Conseil des ministres.

- (Cabinet de gouvernement): expression désignant celle des variétés du régime parlementaire où le cabinet dispose d'une autorité propre, pratiquement suprême." (Cornu, 1998)

2. "Équipe de collaborateurs immédiats du chef de l'État, d'un membre du gouvernement, du président d'une assemblée ou d'un préfet, en général librement choisis par lui pour l'assister

dans ses fonctions, en marge des structures administratives, et liés à sa carrière personnelle." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Missstand in der Verwaltung, *m.*

Definition:

"Dieser Begriff ist ein weit gefasster. Da geht es nicht nur um Fragen der Gesetzmäßigkeit von Verwaltungshandeln. Es geht auch um die Frage nach der Billigkeit einer behördlichen Entscheidung oder Vorgangsweise. Und selbstverständlich geht es auch um das Verhalten öffentlich Bediensteter gegenüber Bürgerinnen und Bürger." (Korosec, 2001: 6)

ENGLISCH

Begriff:

maladministration

Definition:

"Poor management or regulation, esp. in an official capacity." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

dysfonctionnement, *m.*

Definition:

1. "En aidant les personnes physiques ou morales qui contestent une décision, un comportement de l'administration française ou d'une délégation de service public, [le Médiateur] recherche un règlement amiable, au cas par cas et en équité, entre les deux parties. L'institution se veut être ainsi une passerelle afin de rétablir la confiance entre les administrés et l'administration." (www.mediateur-republique.fr, 2009)
2. "Toute personne physique ou morale qui estime, à l'occasion d'une affaire la concernant, qu'un organisme visé à l'article premier n'a pas fonctionné conformément à la mission de service public qu'il doit assurer, peut, par une réclamation individuelle, demander que l'affaire soit portée à la connaissance du Médiateur de la République." (loi n°73-6 du 3 janvier 1973 instituant un Médiateur de la République Art. 6)

Synonyme: mésadministration; mauvaise gestion; maladministration

DEUTSCH

Begriff:

monokratisches Organ, *n.*

Definition:

"Monokratie: (griech. "Alleinherrschaft") ist die Staatsform der Alleinherrschaft eines Einzelmenschen (z.B. Monarchie, Diktatur). Im Verwaltungsrecht bildet die monokratische Organisationsform einer Behörde den Gegensatz zur kollegialen Organisationsform. Bei jener stehen die behördlichen Befugnisse dem Leiter der Behörde, der sie delegieren kann, bei dieser einem Kollegium zu.

Lit.: Zippelius, Staatslehre." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

monocratically organised institution

Definition:

Monocracy: "A government by one person." (Black's Law Dictionary, 2004)

"The mediator is a monocratically organised institution. No deputies are provided for in the law." (Kucsko-Stadlmayer, 2008)

Synonyme: monocratic body

FRANZÖSISCH

Begriff:

organe monocratique, *m.*

Definition:

"Monocratie: Gouvernement d'un seul." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Nationalrat, *m.*

Definition:

"Allgemeiner Vertretungskörper, der aufgrund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Verhältniswahlrechtes für die Dauer von vier Jahren gewählt wird; der Nationalrat besteht aus 183 Mitglieder und hat mit dem Bundesrat die Gesetzgebungskompetenz." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

National Council

Definition:

"Nationalrat (National Council), main legislative body of the Federal Republic (succeeded the Abgeordnetenhaus). The Nationalrat is elected for a legislative period of four years by the people through equal, direct, secret and personal vote according to the principles of the proportional voting system." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

(Aut) Conseil National, *m.*

Definition:

"Le Conseil national est élu au scrutin direct pour 4 ans." (www.europe-politique.eu, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

natürliche Person, *f.*

Definition:

"Jeder Mensch mit allen seinen Rechten (§ 16 ABGB); unterscheide juristische Person."
(Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

natural person

Definition:

"A human being - also termed natural person." (www.aeiou.at, 2009)
Siehe juristische Person

FRANZÖSISCH

Begriff:

personne physique, *f.*

Definition:

"Toute personne physique (agissant pour son propre compte) ou morale (agissant au nom d'une association, d'une société ou d'un groupe) qui a déjà tenté de résoudre son problème avec le service mis en cause." (www.mediateur-republique.fr, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Nicht staatlicher Rechträger, *m.*

Definition:

"Die Fokussierung der Kompetenz des Ombudsmann auf die Kontrolle der staatlichen Verwaltung bedeutet nicht in allen Fällen eine Beschränkung auf die Überprüfung staatlicher Rechtsträger. Vielmehr sind in der Mehrzahl der Staaten - unter bestimmten Voraussetzungen - auch die Tätigkeit nicht staatlicher Rechtsträger der Kontrolle durch Ombudsleute unterworfen ([dies gilt für] A, HR, IS, MK, S, SK, SLO)." (Kucsko-Stadlmayer, 2008: 25)

Synonyme: ausgegliederte Rechtsträger

ENGLISCH

Begriff:

non-state legal entity

Definition:

"Focusing the authority of the ombudsman on the control of public administration does not necessarily imply that investigations are restricted to public entities. In fact, the majority of states have empowered their ombudsmen to also examine activities of non-public legal entities under certain conditions. ([applicable to] A, HR, IS, MK, S, SK, SLO)." (Kucsko-Stadlmayer, 2008:23)

FRANZÖSISCH

Begriff:

paraétatique

Definition:

"Se dit des organismes publics distincts de l'État ou des collectivités publiques (établissements publics, offices, etc.)." (www.larousse.fr 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Novellierung, *f.*

Definition:

"Ist die Änderung oder Ergänzung einer bestehenden gesetzlichen Regelung ohne völlige Neugestaltung der Rechtsmaterie. Sie bedarf der gleichen Form wie die bestehende Norm. Grund für eine Novellierung kann z.B. das Auftreten einer Gesetzeslücke (...) oder die Anpassung der gesetzlichen Regelung an veränderte Umstände sein." (Creifelds, 2004)

Synonyme: Gesetzesänderung

ENGLISCH

Begriff:

amendment

Definition:

"A formal revision or addition proposed or made to a statute, constitution, pleading, order, or other instrument; specif., a change made by addition, deletion or correction." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

amendement, *m.*

Definition:

"Proposition présenter au cours de la discussion en vue de modifier la teneur initiale d'un texte soumis à une assemblée délibérante. Ex. "les membres du parlement et le gouvernement ont le droit d'amendement" (Const. 1958, a.44)." (Cornu, 1998)

Synonyme: modification d'un texte de loi

DEUTSCH

Begriff:

öffentliche Einrichtung, *f.*

Definition:

"Im öffentlichen Recht ist Einrichtung der Gegenstand, der benutzbar ist (z.B. Anlage, Unternehmung). Er ist öffentliche Einrichtung, wenn er der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dient und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt ist (vor allem in der Leistungsverwaltung).

Lit.: Erichsen, Allgemeines Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

Synonyme: Institution

ENGLISCH

Begriff:

utility

Definition:

"A business enterprise that performs essential public service and that is subject to governmental regulation." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

service public, *m.*

Definition:

"Organisme administratif chargé de la gestion d'une activité destinée à satisfaire un besoin d'intérêt général.

Service public administratif: catégorie de service publics, dits aussi "proprement administratif", constituée résiduellement par ceux de ces services n'ayant pas un caractère industriel et commercial et dont le régime est essentiellement constitué de règles de droit public." (Cornu, 1998)

Synonyme: service d'intérêt publique

DEUTSCH

Begriff:

öffentlicher Dienst, *m.*

Definition:

"Jede Tätigkeit für den Bund, die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder sonstige Verwaltungsträger. Dabei gelten für Beamte einerseits und Angestellte und Arbeiter andererseits unterschiedliche Rechtsnormen. Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst stehen in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis zu dem Verwaltungsträger. Für sie gelten die allgemeinen arbeitsrechtlichen Vorschriften." (Alpmann Brockhaus, 2004)

ENGLISCH

Begriff:

public sector

Definition:

"The part of an economy, industry, etc. under direct state control." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: civil service

FRANZÖSISCH

Begriff:

secteur publique, *m.*

Definition:

"Ensemble des biens, activités et entreprises qui relèvent de la puissance publique." (Cornu, 1998)

Synonyme: administration; fonction publique

DEUTSCH

Begriff:

Ombudsman, *m.*

Definition:

1. "Ist der Mensch, der als Verfassungsorgan den Einzelnen gegen staatlich-behördliche Rechtsverletzung schützen soll." (Köbler, 2004)
2. "[Ombudsman] wird in Schweden ein Parlamentsbeauftragter genannt, der als Verfassungsorgan den einzelnen Bürger gegen Verletzungen der Grundrechte und allgemein gegen behördliche Willkür schützen soll. Ähnliche Einrichtungen bestehen in den übrigen skandinavischen und einigen anderen Ländern (in Österreich: Volksanwaltschaft)." (Creifeld, 2007)
3. "Ombudsman, i.d.R. eine von der Volksvertretung bestellte Vertrauensperson, die v.a. im Interesse des Rechtsschutzes jedes Einzelnen, aber auch zur Unterstützung des Parlaments die Tätigkeit der Verwaltung kontrolliert, ohne über verbindliche Entscheidungsbefugnisse zu verfügen." (Der Brockhaus, 2005)

Synonyme: Ombudsmann; Ombudsfrau; Ombudsleute; Ombudsperson;
(in Österreich) Volksanwalt/Volksanwältin

ENGLISCH

Begriff:

ombudsman

Definition:

1. "An official appointed to investigate individuals' complaints against a company or organization, especially a public authority." (The New Oxford American Dictionary, 2009)
2. "(Brit.) informal term for Parliamentary Commissioner for Administration." (Oxford Dictionary, 2005)

FRANZÖSISCH

Begriff:

ombudsman, *m.*

Definition:

"Nom donné à la personnalité élue par le Parlement et chargée, d'office ou surplainte, de surveiller les autorités administratives et les tribunaux: Organe d'une institution scandinave de protection contre les abus administratifs dont s'est en partie inspirée la création, en France, du médiateur." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Organ, *n.*

Definition:

"Ist die Person oder Personenmehrheit, durch die eine Personengesamtheit (z.B. Staat, Verein) handelt. Das Organ kann vor allem Beschlußaufgaben, Ausführungsaufgaben, Beratungsaufgaben, Aufsichtsaufgaben oder Entscheidungsaufgaben haben.
Lit.: Larenz/Wolf Allgemeiner Teil" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

body

Definition:

"A person or body having authority esp. political or administrative." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

organe, *m.*

Definition:

"Personne ou service chargé de remplir une fonction constitutionnelle, administrative ou internationale déterminée." (Cornu, 1998)

Synonyme: institution

DEUTSCH

Begriff:

Parlament, *n.*

Definition:

1. "Gewählte Volksvertretung mit beratender und gesetzgebender Funktion." (Duden, 2007)
2. "Der Nationalrat." (Österreichisches Wörterbuch, 2006)

ENGLISCH

Begriff:

Parliament

Definition:

1. "The highest legislature, consisting of the Sovereign, the House of Lords [the upper house], and the House of Commons [the lower house]." (New Oxford American Dictionary, 2009)
2. "Legislative assembly that includes elected members and acts as a debating forum for political affairs. Many parliamentary systems are based on the British Parliament, which emerged in the late 13th century as an extension of the King's Council, and has been housed at Westminster since that time." (World Encyclopedia 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

Parlement, *m.*

Definition:

1. "Dans l'Angleterre traditionnelle, nom donnée à l'organe législatif complexe formé du roi {de la reine} et des deux chambres." (Cornu, 1998)
 2. "Dans certains régimes représentatifs, nom donné à l'assemblée ou aux assemblées délibérantes de l'État, issues au moins partiellement de l'élection, et ayant pour mission principale de voter les lois et le budget, souvent aussi, de contrôler les ministres. (Assemblée nationale, Sénat)." (Cornu, 1998)
-

DEUTSCH

Begriff:

Partei, *f.*

Definition:

1. "Zivilprozess: Person, die ein Recht oder den Bestand eines Rechtes behauptet bzw. die Zulässigkeit der Ausübung bestreitet (Kläger oder Beklagter)." (Russwurm & Schoeller, 1997)
2. "Verwaltungsverfahrenrecht: Person, die eine Tätigkeit einer Behörde bezieht und die an der Sache infolge eines Rechtsanspruches oder eines rechtlichen Interesses beteiligt ist (§ 8 AVG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)
3. "Politische Partei: organisierte Vereinigung von Personen, um die staatliche Willensbildung durch ihre Tätigkeit zu beeinflussen (§ 1 PartG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

party

Definition:

1. "A person or persons forming one side in an agreement or in a dispute, [esp. in one of a legal nature]." (Concise Oxford of current english, 1995)
2. "A group of people united in a cause, opinion, etc., esp. a political group organized on a national basis." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

parti politique; partie demanderesse ou défenderesse, *m. f.*

Definition:

1. "Parti politique: Groupement de personnes ayant les mêmes opinions politiques et s'organisant pour en poursuivre l'application par une action commune en vue de la conquête du pouvoir et dans l'exercice de celui-ci (const. 1958, a. 4)." (Cornu, 1998)
 2. "Partie principal (originaire): Plaideur (demandeur ou défendeur) qui est au nombre de ceux entre lesquels le procès s'est engagé." (Cornu, 1998)
-

DEUTSCH

Begriff:

Petition, *f.*

Definition:

"(Petitionsrecht): Verfassungsrechtlich gesichertes Grundrecht, Anträge allgemeiner Art an die Organe der Gesetzgebung oder Vollziehung zu stellen und die Erlassung bestimmter rechtlicher Zustände zu begehren (Art 11 StGG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

petition

Definition:

"A formal written request, esp. one signed by many people, appealing to authority in respect of a particular cause." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

pétition, *f.*

Definition:

"Réclamation entouré d'une certaine publicité adressée à une autorité par un ou plusieurs intéressés en vue de provoquer une décision à leur avantage ou en faveur de la cause qu'ils défendent." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Privatrecht, *n*

Definition:

"Summe aller Normen, welche Rechtsverhältnisse zwischen nicht mit Hoheitsgewalt ausgestatteten Rechtssubjekten regeln; Gegensatz öffentliches Recht." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Zivilrecht

ENGLISCH

Begriff:

civil law

Definition:

"The law of civil or private rights as opposed to criminal law or administrative law." (Black's Law Dictionary, 2004)

Abkürzungen: CL.

FRANZÖSISCH

Begriff:

droit privé, *m.*

Definition:

"Ensemble des règles de Droit qui gouvernent les rapports des particuliers entre eux: Droit civil, commercial, Droit social (en partie), etc." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Prozess, *m.*

Definition:

"Gerichtliches Verfahren zur Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche (Zivilprozess) oder über das Vorliegen oder Nichtvorliegen strafbarer Handlungen (Strafprozess)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

court case

Definition:

"A legal action, esp. one that is to be decided in a court of law." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: court action; litigation; trial; process

FRANZÖSISCH

Begriff:

procès, *m.*

Definition:

1. "Litige soumis à un tribunal; contestation pendante devant une juridiction." (Cornu, 1998)
2. "Ensemble des actes succesivement accomplis pour parvenir à une décision." (Cornu, 1998)

Synonyme: Procédure; instance; litige

DEUTSCH

Begriff:

Prüfung, *f.*

Definition:

"Die Prüfung ist das Verfahren zur Beurteilung, insbesondere zur Beurteilung einer Leistung (im Bildungswesen), das mit einer Prüfungsentscheidung abgeschlossen wird. Die Prüfungsentscheidung ist ein Verwaltungsakt. Er ist abgesehen von einem Beurteilungsspielraum des Prüfers, dem ein Beantwortungsspielraum (Antwortsspielraum) des Prüflings gegenübersteht, gerichtlich nachprüfbar. Das Gericht kann aber keine eigene Bewertung an die Stelle der Bewertung eines Prüfers setzen.

Lit.: Kopp, F., Rechtsbehelf in Bezug auf Prüfungsbewertungen, JuS 1990, 944." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

investigate (to)

Definition:

"Carry out a systematic or formal inquiry into (an accident or allegation) so as to establish the truth." (Concise Oxford, 2002)

FRANZÖSISCH

Begriff:

enquête, *f.*

Definition:

"Procédure selon laquelle est administrée la preuve testimoniale." (Cornu, 1998)

"Mesure d'information consistant à recueillir des renseignements." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Rechnungshof, *m.*

Definition:

"Verfassungsrechtlich vorgesehenes Bundesorgan zur Gebarungüberprüfung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände, der Gemeinde und anderer, durch Gesetz bestimmter Rechtsträger; der Rechnungshof ist unmittelbar dem Nationalrat unterstellt (Art 121 ff B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

court of audit

Definition:

1. "[An audit is] a formal examination of an individual's or organisation's, or a third party to assess compliance with one or more sets of laws and regulations." (Black's Law Dictionary, 2004)

2. "(EU) The European Court of Auditors is the EU Institution established by the Treaty to carry out the audit of EU finances. As the EU's external auditor it contributes to improving EU financial management and acts as the independent guardian of the financial interests of the citizens of the Union.

The Court renders audit services through which it assesses the collection and spending of EU funds. It examines whether financial operations have been properly recorded and disclosed, legally and regularly executed and managed so as to ensure economy, efficiency and effectiveness. The Court communicates the results of its audits in clear, relevant and objective reports. It also provides its opinion on financial management issues." (<http://eca.europa.eu>, 2009)

3. "(UK) The National Audit Office audits central government accounts and reports to Parliament on the value for money achieved by government projects and programmes." (www.nao.org.uk, 2009)

Synonyme: court of auditors

FRANZÖSISCH

Begriff:

Cours des comptes, *f.*

Definition:

1. "Jurisdiction administrative chargée de juger les comptes des service publics." (Doucet/Fleck, 2009)

2. "(EU) La Cour des comptes européenne est l'institution de l'UE établie par le traité pour assurer le contrôle des finances communautaires. En sa qualité d'auditeur externe de l'UE, elle contribue à l'amélioration de la gestion financière de l'UE et joue le rôle de gardienne indépendante des intérêts financiers des citoyens de l'Union.

La Cour fournit des services d'audit dans le cadre desquels elle évalue la perception et l'utilisation des fonds de l'UE. Elle examine si les opérations financières ont été correctement enregistrées et présentées, exécutées de manière légale et régulière, et gérées dans un souci d'économie, d'efficacité et d'efficacité. La Cour communique les résultats de ses audits dans des rapports clairs, pertinents et objectifs. Elle formule également des avis sur des questions concernant la gestion financière." (<http://eca.europa.eu>, 2009)

3. "(France) Les missions de la Cour des comptes sont définies par la Constitution au 1er alinéa de l'article 47-2 :

« La Cour des comptes assiste le Parlement dans le contrôle de l'action du Gouvernement. Elle assiste le Parlement et le Gouvernement dans le contrôle de l'exécution des lois de finances et de l'application des lois de financement de la sécurité sociale ainsi que dans l'évaluation des politiques publiques. Par ses rapports publics, elle contribue à l'information des citoyens. [...] »." (www.ccomptes.fr, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Rechtsbehelf, *m.*

Definition:

"Parteihandlung, die mit Rechtswirkung ausgestattet ist und auf Abänderung oder Aufhebung einer Entscheidung in einem Verfahren oder einer Rechtsfolge gerichtet ist und kein Rechtsmittel ist (z.B. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

(legal) remedy

Definition:

"The [legal] means of enforcing a right or of preventing or redressing a wrong." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

recours, *m.*

Definition:

"[De façon générale], toute procédure de Droit. Moyen offert par la loi aux citoyens de faire reconnaître et respecter leurs droits ou de défendre leurs intérêts; terme générique englobant action en justice, voies (juridictionnelles) de recours, voies d'exécution, recours administratif." (Cornu, 1998)

Synonyme: voie de droit; moyen de recours; appel; cassation

Anmerkungen: "recours frz.: Oberbegriff, der den deutschen Begriff Rechtsmittel beinhaltet." (Doucet/Fleck 2002)

DEUTSCH

Begriff:

Rechtshilfe, *f.*

Definition:

"Spezielle, in einigen Belangen auch erweiterte Form der Amtshilfe, bei der einzelne Amtshandlungen in einem gerichtlichen Verfahren durch ein anderes als Prozessgericht vorgenommen werden (z.B. Vernehmung eines Zeugen, der seinen Wohnsitz außerhalb des Gerichtssprengels hat): alle österreichischen Gerichte sind zur Rechtshilfe verpflichtet (§ 37 JN)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

mutual legal aid

Definition:

"Mutual Legal Assistance (MLA) is the formal way in which countries request and provide assistance in obtaining evidence located in one country to assist in criminal investigations or proceedings in another country." (www.police.homeoffice.gov.uk, 2009)

Abkürzungen: MLA

Synonyme: mutual legal assistance

FRANZÖSISCH

Begriff:

entraide judiciaire, *f.*

Definition:

"Coopération plus ou moins étendue (en matière not. de transmission des actes, d'obtention de preuves, d'extradition, d'effets des jugements), entre autorités judiciaires de différents pays, résultant généralement de conventions internationales qui utilisent aussi d'autres appellations: aide, aide mutuelle, coopération... judiciaire." (Cornu, 1998)

Synonyme: entraide juridique

DEUTSCH

Begriff:

Rechtsmittel, *n.*

Definition:

"Antrag an ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde, die in einer Sache entschieden haben oder an ein im Instanzenzug übergeordnetes, zuständiges Gericht oder eine übergeordnete, zuständige Verwaltungsbehörde, mit welchem die Abänderung oder Aufhebung der Betroffenen Entscheidung begehrt wird; die wichtigsten Rechtsmittel sind: Berufung, Revision, Rekurs, Nichtigkeitsbeschwerde; mit Erhebung eines Rechtsmittels wird ein Anspruch auf Erledigung desselben begründet." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

appeal (to)

Definition:

"The right to apply to a higher court for a reconsideration of the decision of a lower court." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

voie de recours, *f.*

Definition:

"Moyen juridictionnel tendant à la réformation, la rétractation ou la cassation d'une décision de justice." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Rechtsordnung, *f.*

Definition:

"Ist die Gesamtheit der Rechtssätze einer Rechtsgemeinschaft.
Lit.: Ennecerus/Lipperdey" (Köbler 1999)

ENGLISCH

Begriff:

legal system

Definition:

"The complete set of written and customary law of a country." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: legal system

FRANZÖSISCH

Begriff:

droit objectif, *m.*

Definition:

"Ensemble de règles de conduite sociale socialement édictées et sanctionnées, qui s'imposent aux membres de la société." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Rechtsstaat, *m.*

Definition:

"Staat, welcher die Rechte und Pflichten für alle Personen in Grundzügen festgelegt und entsprechende Einrichtungen zur Sicherung und Durchsetzung dieser Rechte und Pflichten hat." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

constitutional state

Definition:

"[A state governed under a] fundamental and organic law of a nation or state that establishes the institutions and apparatus of government, (...) and guarantees individual civil rights and civil liberties." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

Etat de droit, *m.*

Definition:

"Situation résultant, pour une société, de la soumission à un ordre juridique excluant l'anarchie et la justice privée." (Cornu, 1998)

Synonyme: ordre républicain

DEUTSCH

Begriff:

Regierung, *f.*

Definition:

"Die Regierung ist das den Staat nach der Verfassung leitende kollegial gebildete Verfassungsorgan. Die Regierung ist einerseits Exponent der Parlamentsmehrheit und damit des Parlaments und des Volkswillens, andererseits die Spitze der vollziehenden Gewalt.

Lit.: Maunz/Zippelius, Staatsrecht; Frotzcher, W., Regierung als Rechtsbegriff, 1975." (Köbler 1999)

ENGLISCH

Begriff:

Government

Definition:

"A body of persons governing a state." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: administration

FRANZÖSISCH

Begriff:

gouvernement, *m.*

Definition:

"Ensemble des pouvoirs publics d'un pays.

Plus souvent en un sens étroit: ensemble des organes du pouvoir exécutif." (Cornu, 1998)

Synonyme: pouvoir executif; administration publique

DEUTSCH

Begriff:

Republik, *f.*

Definition:

"Staat ohne monarchische Staatsspitze mit einem auf Zeit gewählten, verantwortlichen Staatsoberhaupt (vgl. Art 1 BV-G)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

republic

Definition:

"A state in which supreme power is held by the people or their elected representative or by an elected or nominated president, not by a monarch." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

république, *f.*

Definition:

"Régime politique dans lequel le pouvoir suprême est attribué au peuple qu'il exerce lui-même, ou par l'intermédiaire des représentants qu'il élit." (Cornu, 1998)

"État dont le régime est républicain

Parfois pris comme synonyme de démocratie ou, plus largement encore, d'État en général." (Cornu, 1998)

Synonyme: démocratie

DEUTSCH

Begriff:

Richter, *m.*

Definition:

"Träger der Rechtspflege." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

judge

Definition:

"A public officer appointed to hear and try causes in a court of justice." (Concise Oxford, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

juge, *m.*

Definition:

"Au sens générique toute juridiction, quels que soient son degré dans la hiérarchie, son pouvoir, l'origine de son investiture, sa composition ou même l'ordre auquel elle appartient; tout organe doté d'un pouvoir juridictionnel; en ce sens sont des juges, la Cour de cassation, la cour d'appel, la cour d'assises, l'arbitre." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Sanktionsbefugnis, *f.*

Definition:

"Die Volksanwaltschaft genießt in der Bevölkerung hohes Ansehen. Dies, obwohl die Volksanwälte keine Sanktionsbefugnis haben; sie können der Verwaltung die Beseitigung von Missständen -- im allgemeinen und im Einzelfall -- nur empfehlen." (Korosec, 2001: 4)

ENGLISCH

Begriff:

mandate of sanction

Definition:

"But there is a big difference between my findings and those of a court or of the General Medical Council, for example. And that big difference is that at the end of an investigation I do not make a final enforceable judgment that must be complied with for fear of legal consequences. Instead I make recommendations, which may or may not be complied with. Naturally, I expect that in most cases my recommendations will be complied with, and in fact in 99% of cases that expectation turns out to be justified. Nevertheless, It remains open to a public authority to refuse and to face the music instead. True, there is a certain amount of moral compulsion behind an authoritative Ombudsman recommendation, but in the end there is no legal compulsion. To that extent, the jeopardy is of a rather different sort from that to which arises in legal proceedings. And the jeopardy is, I would suggest, of a kind that is quite properly moderated to fit the distinctive remit of an Ombudsman, as a lay 'voice', albeit an authoritative one, in an unfolding dialogue between patient and hospital, patient and medical practitioner. This is, to put it in the jargon, a 'mandate of influence' rather than a 'mandate of sanction'." (<http://www.ombudsman.org.uk>, 2009)

Speech by Ann Abraham, UK Parliamentary Ombudsman and Health Service Ombudsman for England, 27. November 2008

Synonyme: power to impose sanctions

FRANZÖSISCH

Begriff:

pouvoir de sanction, *m.*

Definition:

1. "Le Médiateur de la République est une autorité indépendante instituée par la loi du 3 janvier 1973. Son mandat de six ans ne peut être ni écourté ni reconduit. [...] Si cette institution est difficilement classable dans l'organigramme des pouvoirs publics, il n'en demeure pas moins qu'elle a trouvé sa place dans notre ensemble institutionnel:

l'intervention pragmatique du Médiateur de la République est comprise et généralement bien reçue par l'administration, comme en témoigne le grand nombre de médiations réussies." (www.mediateur-republique.fr, 2009)

2. "Le jugement entraîne l'exacerbation des divergences: la médiation est au contraire dirigée vers la recherche d'intérêts convergents, et de solutions « gagnant-gagnant », « win-win ». C'est pourquoi je suis d'avis que la médiation n'est pas compatible avec un pouvoir de sanction.

En revanche, la force de la médiation est liée à la capacité, en cas d'échec, d'un recours juridictionnel efficace. Car si la médiation est la conséquence de l'échec du dialogue, le recours au juge est la conséquence de l'échec de la médiation. Et la médiation, même lorsqu'elle échoue, permet souvent de restaurer la confiance dans le juge, puisqu'elle a aidé les parties à bien déterminer et accepter les contours de leur conflit. Ainsi la médiation positionne-t-elle le juge non plus comme l'instrument d'une vengeance, mais comme le stade ultime de la résolution du litige, le lieu de la décision." (www.mediateur-republique.fr, 2009)
Intervention de Jean-Paul DELEVOYE, Stockholm, 11 juin 2009

DEUTSCH

Begriff:

Säumnis, *n.*

Definition:

"Ein Versäumen ist die Nichtvornahme einer Prozesshandlung durch eine Partei innerhalb einer vorgesehenen Frist oder zu einem vorgeschriebenen Zeitpunkt mit der Folge, dass die (säumige) Partei von dieser Prozesshandlung ausgeschlossen wird (§ 144 ZPO)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Versäumen

ENGLISCH

Begriff:

default

Definition:

1. "Failure to fulfil an obligation." (Concise Oxford, 2009)
2. "The omission or failure to perform a legal or contractual duty." (Concise Oxford, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

négligence

Definition:

"[Ici en tant que] non respect du délai." (Doucet/Fleck, 2002)

DEUTSCH

Begriff:

Sitz, *m.*

Definition:

"Räumlich bestimmter Ort, an dem sich die Geschäftsleitung oder Verwaltung einer juristischen oder einer quasijuristischen Person tatsächlich oder gemäß Vereinbarung befindet: der Sitz begründet im Inland den allgemeinen Gerichtsstand." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

headquarters

Definition:

"The managerial and administrative centre of an organisation." (Concise Oxford, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

siège, *m.*

Definition:

"Localité où était établie une autorité, où elle se trouve légalement." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Stellvertreter, Stellvertreterin, *m. f.*

Definition:

"(Vertretung), Handeln einer Person (Stellvertreter) für einen Dritten aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Bestimmungen; man unterscheidet:

1. direkte (unmittelbare) Stellvertretung ; der Stellvertreter gibt zu erkennen, für einen Dritten zu handeln und erzeugt durch sein Handeln unmittelbar Rechtswirkungen für den Vertretenen;

2. indirekte (mittelbare) Stellvertretung: der Stellvertreter gibt nicht zu erkennen, für einen Dritten zu handeln, ist aber von diesem beauftragt, auf dessen Rechnung zu handeln; der indirekte Stellvertreter wird selbst Vertragspartner, ist aber dem Dritten gegenüber verpflichtet, diesem alle Rechte und Pflichten aus dem Geschäft zu übertragen." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Synonyme: Stellvertretung

ENGLISCH

Begriff:

deputy

Definition:

"A person appointed or delegated to act as a substitute for another, esp. for an official." (Black's Law Dictionary, 2004)

Synonyme: representative; locum (tenens); surrogate; substitute

FRANZÖSISCH

Begriff:

adjoint, *m.*

Definition:

"Pris substantivement, agent placé auprès du titulaire d'une fonction pour l'aider et éventuellement le suppléer." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Subsidiarität, *f.*

Definition:

"Verhältnis von gesetzlichen oder vertraglichen Normen, von denen die einen primär, die anderen nur hilfsweise (subsidiär) anzuwenden sind." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

subsidiarity

Definition:

1. "The principle that a central authority should have a subsidiary function, performing only those tasks which cannot be performed at a more local level." (Concise Oxford, 2009)
2. "The quality of being subsidiary." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

subsidiarité, *f.*

Definition:

"Subsidiaire: [Action] qui ne peut être exercée, à titre de garantie, qu'après échec d'une action principale (son exercice prématuré se heurterait à une exception dilatoire)." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Untersuchung, *f.*

Definition:

"Ist die prüfende Betrachtung eines Umstandes zum Zweck der Feststellung eines Ergebnisses.

Lit.: Canaris, Handelsrecht" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

inquiry

Definition:

1. "An investigation, esp. an official one." (Concise Oxford of current english, 1995)

2. "The act of asking or seeking information." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: examination; inspection; investigation ; study

FRANZÖSISCH

Begriff:

instruction, *f.*

Definition:

"Phase du procès destinée à instruire le juge de l'affaire dont il est saisi." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Urteil, *n.*

Definition:

1. "Durch das Gericht in einem Zivilprozess gefällte Sachentscheidung über die Sachanträge der Parteien." (Russwurm & Schoeller, 1997)
 2. "Durch das Gericht in einem Strafprozess nach durchgeführter Hauptverhandlung verkündete Entscheidung." (Russwurm & Schoeller, 1997)
- "Urteile werden im Namen der Republik gefällt, müssen schriftlich ausgefertigt werden und bedürfen grundsätzlich einer Begründung." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

verdict

Definition:

"A decision on an issue of fact in a civil or criminal case or an inquest." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: decision; issue of fact

FRANZÖSISCH

Begriff:

décision de justice, *f.*

Definition:

"Terme générique englobant tout jugement, quel que soit son auteur (arbitre, tribunal de première instance, cour d'appel, Cour de cassation), son objet (décision contentieuse ou gracieuse), etc." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verfahren, *n.*

Definition:

"Ein Verfahren ist die Art und Weise der Bewältigung einer Aufgabe oder eines Vorhabens. Insbesondere erfolgt das Vorgehen der Verwaltung im besonderen Verwaltungsverfahren. Lit.: Wolf, Gerichtsverfassungsrecht" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

procedure

Definition:

"A way of proceeding, esp. the mode of conducting (...) a legal action." (Concise Oxford of current english, 1995)

"The judicial rule manner for carrying on a civil lawsuit or a criminal prosecution." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

procédure, *f.*

Definition:

"Branche de la science du droit ayant pour objet de déterminer les règles d'organisation judiciaires, de compétence, d'instruction des procès et d'exécution des décisions de justice et englobant la procédure administrative, civile et pénale." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verfassung, *f.*

Definition:

"Die Verfassung ist der Zustand oder die Grundordnung einer Körperschaft, insbesondere des Staates, wobei soziologisch jede Körperschaft eine tatsächliche Verfassung hat." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

constitution

Definition:

"The fundamental and organic law of a nation or state that establishes the institutions and apparatus of government, defines the scope of governmental sovereign powers, and guarantees individual civil rights and civil liberties." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

constitution, *f.*

Definition:

"Ensemble des règles suprêmes fondant l'autorité étatique, organisant ses institutions, lui donnant ses pouvoirs, et souvent aussi lui imposant des limitations, en particulier en garantissant des libertés aux sujets ou citoyens." (Cornu, 1998)

Synonyme: loi fondamentale

DEUTSCH

Begriff:

Verfassungsgerichtshof, *n.*

Definition:

"Verfassungsrechtlich geregelter, als Rechtsschutzeinrichtung eingesetzter Gerichtshof öffentlichen Rechtes mit Sitz in Wien." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Abkürzungen:Abkürzungen: VfGH

ENGLISCH

Begriff:

Constitutional Court of Austria

Definition:

"The Constitutional Court is the highest state body in Austria when considering constitutional law. By their decisions, the constitutional justices create legal certainty for federal and state legislators, for the administration, as well as for every individual. This is their core responsibility. The Constitutional Court is also one of the highest political bodies in Austria." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

cour constitutionnelle (suprême), *f.*

Definition:

"Juridiction la plus élevée de l'ordre judiciaire comprenant [en France] six chambres (5 chambres civiles et une chambre criminelle) dont la mission est de veiller au respect de la loi en cassant les décisions en dernier ressort qui la violent et de faire régner l'unité d'interprétation du Droit." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verordnung, *f.*

Definition:

"Jede von einer Verwaltungsbehörde innerhalb ihres Wirkungsbereiches im Rahmen der Gesetze erlassene, sich an eine allgemein bestimmte Vielzahl von Personen richtende und für diese unmittelbar rechtsverbindliche, generelle Rechtsnorm; die Bezeichnung der Verordnung ist für ihre Rechtswirkungen unerheblich (vgl. Art 18 B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

ordinance

Definition:

"Ordinance: An authoritative order; a decree; an enactment by a local authority." (Concise Oxford of current english, 1995)

"Regulation: A prescribed rule." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: ordinance; regulation

FRANZÖSISCH

Begriff:

règlement (administratif), *m.*

Definition:

"Texte de portée générale émanant de l'autorité exécutive par opp. à la loi." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verwaltung, *f.*

Definition:

"Öffentliche Verwaltung ist i.w.S. die vollziehende Gewalt (Exekutive), d.h. jede Tätigkeit des Staates oder anderer Träger öffentlicher Gewalt, die weder der gesetzgebenden noch der rechtsprechenden Gewalt zuzurechnen ist. I.e.S. umfaßt der Begriff jedes öffentliche Verwaltungshandeln unter Ausschluß der "Regierungsgewalt" (Regierung), also nur den eigentlichen Gesetzesvollzug. Die Zuständigkeit für die Verwaltung liegt, soweit nicht ausnahmsweise der Bund zuständig ist bei den Ländern (Verwaltungskompetenz, Ausführung von Gesetzen). Bei Ausübung der Verwaltung durch eigene Behörden spricht man von unmittelbarer, bei Delegation auf andere Rechtsträger (z.B. Kommunen) [Gemeinden] von mittelbarer Staatsverwaltung." (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

public administration

Definition:

"The management or performance of the executive duties of a government (...)." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

administrations publiques, *f. pl.*

Definition:

"Administration: (adm. Const.) Fonction de l'État qui consiste, sous l'autorité du gouvernement, à assurer l'exécution des lois et le fonctionnement continu de services." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verwaltungsgerichtshof, *n.*

Definition:

"Verfassungsrechtlich geregelter, als Rechtsschutzeinrichtung eingesetzter Gerichtshof öffentlichen Rechtes zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung mit Sitz in Wien." (Russwurm & Schoeller, 1997)

Abkürzungen: VwGH

ENGLISCH

Begriff:

Administrative Court

Definition:

"Administrative Court (Verwaltungsgerichtshof), one of the 3 High Courts, established in 1876, located in Vienna (in the former Bohemian Hofkanzlei building), monitors the legality of administrative acts. It is limited to controlling the legal justification of individual decisions, while appeals regarding violation of rights guaranteed by constitutional law or the application of unlawful general norms have to be addressed to the Constitutional Court." (www.aeiou.at, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

tribunal administratif supérieur, *m.*

Definition:

"Juridiction de l'ordre administratif, ayant qualité de juge administratif de droit commun sous réserve d'appel au Conseil d'Etat, disposant de certaines attributions administratives, consultatives ou décisives." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verwaltungskontrolle, *f.*

Definition:

"Die Kontrolle des Verwaltungshandelns erfolgt durch die Aufsicht des Staates und die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Schlichtes Verwaltungshandeln ist das rein tatsächliche Handeln der öffentlichen Verwaltung durch Tathandlungen, die kein Verwaltungsakt sind.
Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

investigation

Definition:

"The Local Government Ombudsmen can investigate complaints about most council matters, including housing, planning, education, social services, highways, consumer protection, drainage and local taxation. The Local Government Ombudsman can investigate complaints about how the council has operated, but cannot question the merits of a council's decision in the absence of fault. Their jurisdiction extends to other local bodies such as drainage bodies and schools (concerning admission matters)." (www.cabinetoffice.gov.uk, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

contrôle administratif, *m.*

Definition:

"Contrôle de l'administration: Opération de vérification de la correction des actes de l'administration par rapport aux règles de forme et de fond auxquelles ces actes sont assujettis: fonction qui correspond à cette opération." (Cornu, 1998)

DEUTSCH

Begriff:

Verwaltungsvorschrift, *f.*

Definition:

"(Früher Verwaltungsverordnung) ist die Regelung, die innerhalb der Verwaltungsorganisation von übergeordneten Verwaltungsträgern an nachgeordnete Verwaltungsträger ergeht und dazu dient, Organisation und Handeln der Verwaltung näher zu bestimmen (Erlaß, Verfügung, Dienstanweisung, Richtlinie). Rechtstheoretisch ist die Verwaltungsvorschrift Rechtsnorm (str.), hat aber nur bedingt Außenwirkung. Grundlage für ihren Erlaß ist die Organisationsgewalt der Verwaltung.
Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

Synonyme: Erlass

ENGLISCH

Begriff:

regulation

Definition:

"A rule or order, having legal force, usu. issued by an administrative agency." (Black's Law Dictionary, 2004)

FRANZÖSISCH

Begriff:

disposition administrative, *f.*

Definition:

"Norme par laquelle une autorité disposant d'un pouvoir d'appréciation se fixe à elle-même, ou prescrit à une autre autorité une ligne de conduite dans l'exercice de ce pouvoir." (Cornu, 1998)

Synonyme: Directive interne

DEUTSCH

Begriff:

Volksanwaltschaft
Volksanwalt, Volksanwältin, *f.*
m.f.

Definition:

"Verfassungsrechtliche Einrichtung, bestehend aus drei Mitgliedern (Volksanwälte) mit Sitz in Wien, die zur Kontrolle der gesamten Verwaltungstätigkeit des Bundes berechtigt ist; die Volksanwaltschaft wird von Amts wegen oder auf Grund einer Beschwerde einer Person, die nur erhoben werden kann, wenn ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht, tätig (Art 148 a ff B-VG)." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

Austrian Ombudsman Board

Definition:

1. "Austrian Ombudsman Board." (<http://law.ualberta.ca/centres/ioi>) Übersetzung veröffentlicht von The International Ombudsman Institute auf ihrer Homepage.
2. (in UK) "Parliamentary Commissioner for Administration: An official appointed to investigate complaints by individuals against public authorities. Also called the Ombudsman." (Oxford Dictionary of English, 2005)

FRANZÖSISCH

Begriff:

-,

Definition:

1. "(en Autriche) Volksanwaltschaft: Nom donné à l'ensemble de l'institution autrichienne équivalente au Médiateur de la République." (Cornu, 1998)
2. "(en France) Médiateur de la République:
Personnalité investie, au plan national, de la charge d'instruire les réclamations des administrés au sujet du fonctionnement des administrations de l'Etat, des collectivités publiques territoriales, des établissements publics et de tout autre organisme investi d'une mission de service public (fonction instituée par la loi du 3 janv.1073)." (Cornu, 1998)
3. "Le Médiateur de la République est une personne physique qui se confond avec l'Institution. Cette personnalisation de la fonction est rare dans le système juridique français." (www.mediateur-republique.fr, 2009)

Anmerkungen: Hier wurde die Benennung der Amtsträger der Volksanwaltschaft angegeben. Wie schon im Fachteil erwähnt, wird „Volksanwalt/Volksanwältin“ und meistens „Volksanwaltschaft“ in der Übersetzung beibehalten. In internationalen Texten wird „Ombudsman“ verwendet.

Das Äquivalent zum Volksanwalt/ Volksanwältin im Vereinigten Königreich ist Parliamentary Commissioner for Administration. Für mehr Information siehe Kapitel 2.1.1

Das Äquivalent zum Volksanwalt/ Volksanwältin in Frankreich ist der Médiateur de la République. Für mehr Information siehe Kapitel 2.2.1

DEUTSCH

Begriff:

von Amts wegen

Definition:

"Ist die Bezeichnung für den Amtsbetrieb. Sie bedeutet, daß eine Behörde oder ein Gericht von sich aus und ohne Antrag einer Privatperson tätig wird.

Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

Synonyme: ex officio

ENGLISCH

Begriff:

ex officio

Definition:

"By virtue of one's office or status." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: proprio motu; of ist own motion

FRANZÖSISCH

Begriff:

autosaisir

Definition:

"La loi du 12 avril 2000 autorise le Médiateur à s'autosaisir en matière de réforme; consacre l'existence des délégués et définit leur rôle; instaure la présentation d'un rapport annuel au Parlement." (www.mediateur-republique.fr, 2009)

DEUTSCH

Begriff:

Vorsitz, *m.*

Definition:

"Vorsitzender ist der Leiter eines Kollegialorgans (z.B. Aufsichtsrat, Kammer).
Lit.: Walter, U., Die Vorsorgevollmacht 1997" (Köbler, 1999)

ENGLISCH

Begriff:

chairperson

Definition:

"A person chosen to preside over a meeting." (Concise Oxford of current english, 1995)

Synonyme: chairman (old term)

FRANZÖSISCH

Begriff:

président, présidente, *m. f.*

Definition:

"Personne qui préside (une assemblée, une réunion ou tout groupement formé en vue d'une action collective), pour (en) diriger les travaux." (Le Petit Robert, 2000)

DEUTSCH

Begriff:

Weisungsfreiheit, *f.*

Definition:

1. "Weisung ist die Anweisung zu einem Verhalten. Im Verhaltensrecht sind vorgesetzte Behörden grundsätzlich berechtigt, nachgeordneten Behörden allgemein oder im Einzelfall Weisungen zu erteilen (Weisungsrecht) [Weisungsfrei bedeutet also daß die nachgeordnete Behörde keine Weisung von der vorgesetzten Behörde erhält].

Lit.: Maurer, Verwaltungsrecht" (Köbler, 1999)

2. "Art 148a Abs 4 B-VG stellt die Volksanwaltschaft ähnlich wie die Richter (Art 87 Abs 1 B-VG) "in Ausübung ihres Amtes weisungsfrei. Darin kommt die Unabhängigkeit der Volksanwaltschaft von der Verwaltung zum Ausdruck. Im Übrigen ist die Weisungsfreiheit als notwendige Voraussetzung für die wirksame Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit anzusehen." (EB zur RV B1gNR 14. GP)." (Klecatsky, Pickl, 1989: 76)

ENGLISCH

Begriff:

independence

Definition:

"The independence of the Ombudsman and [his/her] office from government and the bodies within [his/her] jurisdiction is central to [his/her] ability to investigate complaints impartially and fairly, and be authoritative in the conclusions we reach. That independence is enshrined in the legislation that governs both the Parliamentary and the Health Service Ombudsman. To ensure that this works in practice, whilst at the same time enabling [the office] to access the level of routine support that any public body requires [the office has] established a Statement of Responsibilities with those bodies in the Ombudsman's jurisdiction who also provide key support and services to [it]." (www.hmcourts-service.gov.uk, 2009)

FRANZÖSISCH

Begriff:

indépendance et autonomie, *f. f.*

Definition:

"Un statut particulièrement protecteur qui garantit indépendance et autonomie. Le Médiateur de la République ne reçoit d'instructions d'aucune autorité : ni le gouvernement ni l'administration ne peuvent faire pression sur lui." (www.mediateur-republique.fr, 2009)

Synonyme: disposant du pouvoir de libre appréciation

DEUTSCH

Begriff:

Zeuge, Zeugin, *m. f.*

Definition:

"Person, die in einem gerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Verfahren auf Befragen über eigene Wahrnehmungen berichtet und in diesem Verfahren nicht Partei ist." (Russwurm & Schoeller, 1997)

ENGLISCH

Begriff:

witness

Definition:

"A person present at some event and able to give information about it." (Concise Oxford of current english, 1995)

FRANZÖSISCH

Begriff:

témoin, *m.*

Definition:

"Personne dont le témoignage tend à prouver la culpabilité (à charge) ou la non-culpabilité (à décharge) de la personne poursuivie." (Bissardon, 2009)

I. Abkürzungsverzeichnis

DEU.

A	Austria/Österreich
Abk.	Abkürzung
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
B-VG	Bundesverfassungsgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
d.h.	das heißt
f.	feminin
ff	folgende (plural)
HR	Ungarn
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.	in Sachen
i.w.S	im weiteren Sinne
Jur.	juristisch
Lit.:	Literatur
m.	Maskulinum
MK	Mazedonien
Parl.	Parlament
pl.	Plural
S	Schweden
SK	Slowakei
SLO	Slowenien
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
VA	Volksanwaltschaft
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung

ENG.

esp.	especially
EU	European Union
sing.	singular
UK	United Kingdom
PCA	Parliamentary Commissioner for Administration
HSC	Health Service Commissioner for England
PO	Parliamentary Ombudsman

FRZ.

adm.	administratif
a.	article
const.	constitutionnel (Droit constitutionnel), constitution
Ex.	exemple
ext.	extension
n°	numéro
not.	notamment
opp.	opposition, opposé
specif.	Spécifiquement
UE	Union Européenne

II. Stichwortverzeichnis

A

Abberufung	11, 32
Abgeordnete	18, 33
Abgeordneter	33
accès au dossier	36
Act	10, 12, 13, 14, 32, 42, 45, 72
Acte d'administration judiciaire	82
adjoint	119
administrations publiques	127
Administrative Court	128
Akten	35, 36
Akteneinsicht	13, 18, 23, 36, 42
amendement	94
amendment	52, 94
Amt	7, 10, 11, 16, 20, 21, 25
Amtsblatt	19, 38, 39, 51
Amtsdelikt	40
Amtspflicht	23, 40, 41
Amtsverschwiegenheit	13, 23, 42, 43
Antrag	11, 24, 36, 44, 83, 109, 133
appeal	109
application	44, 50, 71, 79, 100, 106, 128
appointment	65
arrêté	64
Auskunftspflicht	45
Austrian Ombudsman Board	28, 131
authorities	47, 68, 131
autorité	16, 36, 40, 44, 47, 48, 49, 61, 64, 87, 101, 115, 118, 124, 126, 127, 130, 135
autosaisir	133

B

Beamte	7, 20, 42, 46, 96
Beamtin	46
Behörde	18, 23, 26, 35, 37, 45, 47, 48, 58, 59, 84, 90, 100, 133, 135
Bericht	13, 14, 16, 19, 48
Beschwerde	12, 13, 18, 23, 25, 49, 131
Billigkeit	9, 18, 50, 89
body	47, 69, 70, 72, 73, 84, 90, 91, 98, 112, 125, 135
Bundesgesetzblatt	21, 51
Bundespräsident	52
Bundesrat	24, 33, 53, 56, 91
Bundesregierung	54
Bundestaat	55
Bundesversammlung	56
Bürgerinitiative	57

C

cabinet gouvernemental	87
case	32, 35, 66, 103, 122
cause	49, 66, 92, 100, 101
chairperson	134
citizen's initiative	57
civil law	102
civil servant	46
civil service	37
collectivité territoriale	68
collegial	84
commune	55, 69, 80, 100
complaint	49
confidentialité	42
congrès fédéral	56
Conseil Fédéral	53
Conseil National	91
conseils de cabinet	87
constitution	7, 56, 77, 94, 124
Constitutional Court of Austria	125
constitutional rights	77
constitutional state	111
contrôle administratif	129
Council of Ministers	87
cour constitutionnelle	125
Cours des comptes	105
court	35, 49, 70, 82, 83, 103, 105, 109, 114, 115
court administration	82
court case	103

D

deadline	67
décision de justice	122
decree	58, 64, 126
décret	32, 58, 64
default	117
Dekret	58
délai	32, 67, 117
delegate	59
Delegierte	17, 59
Delegierter	59
délégué	33, 59
Délit	40
democracy	60
democratie	60
Demokratie	22, 60, 73
député	33
deputy	119
discharge	63
disciplinary proceeding	61
disposition administrative	130

Disziplinarverfahren	18, 26, 27, 61
dossier	35, 36
droit objectif.....	110
droit privé.....	80, 102
duty of disclosure.....	45
dysfonctionnement.....	89

E

edict.....	64
Empfehlung.....	62
enquête	36, 104
Entlassung.....	63
entraide judiciaire	108
equitable	50
équité	50, 89
Erlass	16, 58, 64, 130
Ernennung	46, 65
Etat de droit.....	111
état fédéral.....	55
ex officio.....	133

F

Fall	10, 12, 18, 27, 66, 79
Federal Assembly.....	56
Federal Government.....	54
Federal law gazette.....	51
Federal State.....	55
file 35	
fonction publique.....	37, 40, 46, 65, 96
fonctionnaire.....	32, 46, 65
Frist.....	19, 67, 117

G

Gebietskörperschaft.....	68, 69
Gemeinde	46, 69, 105
Gericht ... 13, 19, 26, 35, 70, 104, 109, 122, 133	
Gerichtsbarkeit	22, 71, 81, 82, 85
Gesetz.....	5, 11, 16, 28, 41, 54, 72, 105
Gesetzgeber	21, 73
Gesetzgebung	24, 25, 27, 74, 101
Gesetzmäßigkeit	20, 75, 89, 128
gesetzwidrig.....	75, 76
gouvernement 38, 54, 55, 87, 94, 112, 127, 135	
gouvernement fédéral.....	54
Government.....	54, 55, 60, 87, 112, 129
Grundrechte.....	77, 97

H

headquarters.....	118
hoheitlich	78

I

illégal	76
illegal act	76
Immunität	11, 16, 21, 79
immunité.....	79
immunity	79
independence.....	135
indépendance et autonomie.....	135
initiative populaire	57
inquiry.....	121
Institution 4, 6, 7, 9, 10, 15, 16, 17, 20, 21, 25, 28	
instruction	121
investigate	7, 97, 104, 129, 131, 135
investigation	42, 45, 48, 66, 115, 121, 129

J

journal officiel.....	38, 51
judge.....	70, 81, 114
judicature.....	81
juge.....	114
jurisdiction .. 44, 49, 55, 70, 71, 82, 83, 103, 114	
jurisdiction.....	49, 68, 71, 73, 129, 135
juristische Person	12, 23, 80, 92
justice.....	38, 50, 66, 70, 71, 81, 107, 111, 114, 122, 123
Justiz	51, 81
Justizverwaltung	13, 22, 26, 82

K

Klage	19, 83
Kollegialorgan	21, 54, 84

L

Law 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 55, 57, 59, 60, 61, 65, 66, 67, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 85, 89, 90, 94, 95, 102, 105, 107, 110, 111, 119, 123, 124, 127, 130	
lawsuit.....	66, 83, 123
legal person.....	80
legal system	110
Legalitätsprinzip.....	85
légalité	75, 85
legality.....	75, 85, 128
législateur	73, 77
legislator	73
legislature	7, 33, 53, 57, 74, 99
loi 32, 33, 36, 38, 40, 42, 44, 50, 57, 67, 72, 73, 75, 76, 85, 89, 94, 107, 115, 124, 125, 126, 131, 133	

M

maladministration	12, 89
malfeasance in office.....	40
Mandat.....	59, 86
mandate of sanction.....	115
Member of Parliament.....	33
Ministerrat	16, 87
mision de service publique.....	41
Missstand.....	12, 13, 18, 23, 89
Missstand in der Verwaltung	12, 89
monocratically organised institution.....	90
monokratisches Organ	17, 90
municipality.....	69
mutual legal aid.....	108

N

National Council.....	91
Nationalrat	21, 23, 24, 33, 54, 91, 99, 105
natural person.....	92
natürliche Person.....	92
négligence	117
Nicht staatlicher Rechträger.....	93
nomination.....	65
non-state legal entity	93
Novellierung.....	94

Ö

öffentliche Einrichtung.....	95
öffentlicher Dienst.....	96
office.....	7, 32, 37, 40, 41, 47, 52, 56, 63, 65, 81, 97, 133, 135
official duty.....	41
official gazette.....	38
official secrecy.....	42
Ombudsfrau.....	29
Ombudsleute.....	4, 6, 11
Ombudsman..	1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 25, 26, 28, 29, 30, 36, 43, 79, 93, 97, 115, 129, 131, 132, 135
Ombudsmann.....	6, 20, 29
Ombudsperson	6
ordinance.....	126
Organ.....	98
organe.....	37, 73, 78, 84, 90, 98, 99, 114
organe collégial.....	84
organe monocratique.....	90

P

paraétatique.....	93
Parlament ..	7, 11, 13, 16, 17, 21, 24, 25, 73, 99
Parlement.....	99
Parliament.....	7, 32, 33, 72, 99, 105
parliamentary) seat.....	86

Partei	10, 100, 117, 136
parti politique.....	100
party.....	100
personne morale.....	80
personne physique.....	59, 89, 92, 131
petition	83, 101
pétition.....	101
pouvoir de sanction.....	115
Pouvoir législatif.....	74
président.....	134
Président de la République	52, 56, 58
présidente.....	134
Prime Minister	52
principe de légalité.....	85
principle of legality	85
Privatrecht	102
procedure.....	61, 123
procédure disciplinaire	44, 61
procès.....	66, 81, 100, 103, 121, 123
Prozess.....	103
Prüfung	18, 104
public administration.....	93, 127
public sector.....	96

R

rapport	38, 48, 129, 133
Rechnungshof	22, 105
Rechtsbehelf	13, 49, 104, 107
Rechtshilfe.....	108
Rechtsmittel	23, 49, 107, 109, 131
Rechtsordnung	18, 76, 110
Rechtsstaat	22, 111
recommandation.....	62
recommendation.....	48, 62, 115
recours.....	49, 66, 83, 107, 109, 116
recours contentieux.....	83
Regierung	16, 25, 87, 112, 127
règlement.....	126
regulation	89, 95, 126, 130
remedy.....	107
removal from office.....	32, 56
renvoi.....	63
report	35, 48
republic.....	113
Republik	4, 15, 19, 25, 52, 113, 122
république.....	32, 33, 36, 38, 40, 42, 44, 89, 113
requête	44, 83
Richter	114, 135
right to inspect files	36

S

Sanktionsbefugnis	24, 115
Säumnis	23, 24, 117
secteur publique.....	96
sevice public.....	95
siège	118

Sitz	118
souverain	78
sovereign	78, 124
Stellvertreter	11, 17, 119
Stellvertreterin	119
Subsidiarität	120
subsidiarité	120
subsidiarity	120

T

témoins	136
territorial authorities	68
tribunal administratif supérieur	128

U

Untersuchung	13, 18, 19, 23, 29, 121
upper chamber	53
Urteil	19, 58, 122
utility	95

V

verdict	122
Verfahren	13, 19, 58, 103, 104, 107, 108, 123, 136

Verfassung	7, 20, 21, 25, 28, 33, 41, 112, 124
Verfassungsgerichtshof	20, 22, 24, 56, 125
Verordnung	24, 126
Verwaltung	10, 16, 18, 22, 23, 24, 37, 47, 58, 71, 75, 82, 85, 93, 97, 115, 118, 123, 127, 128, 129, 130, 135
Verwaltungsgerichtshof	128
Verwaltungskontrolle	7, 129
Verwaltungsvorschrift	58, 130
voie de recours	109
Volksanwalt 2, 5, 6, 20, 21, 26, 33, 97, 131, 132	
Volksanwältin	2, 5, 21, 26, 33, 131, 132
Volksanwaltschaft 2, 4, 8, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 30, 42, 43, 79, 97, 115, 131, 132, 135	
von Amts wegen	7, 12, 23, 25, 85, 131, 133
Vorsitz	21, 134

W

Weisungsfreiheit	135
witness	136

Z

Zeuge	136
Zeugin	136

III. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Organigramm der Organisation des PCA im Vereinigtem Königreich	12
Abb. 2 Organigramm des <i>Médiateur de la République</i> in Frankreich	17
Abb. 3 Organigramm der Organisation der Volksanwaltschaft in Österreich	22

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

- BGBl 313/1964 § 60 Abs 2 Arbeitsmarktservicegesetz
- BGBl I 63/2002 idF BGBl I 83/2004, § 19/6 Gesundheits- und Ernährungs-Sicherheitsgesetz
- B-VG Aechtes Hauptstück Art. 148
- Décret en Conseil d'Etat 73-253 du 9 mars 1973
- Jahresbericht der VA 2005, S.307
- Loi n°73-6 du 3 Janvier 1973 instituant un médiateur
- Parliamentary Commissioner Act 1967

Sekundärliteratur:

- Caiden, Gerald E., International Handbook of the Ombudsman. Greenwood press Westport, London, 1983
- Ebert, Kurt Hans: Recht und Staat; Der Ombudsman in Großbritannien, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1968
- Gregory/Giddings: The Ombudsman, The Citizen and Parliament, Verlag Politico's Publishing. 2002
- Hossain, Kamal: Human Rights Commissions and Ombudsman Offices: National Experiences Throughout the World; Published by Martinus Nijhoff Publishers, 2000
- Klecatsky und Pickl: Die Volksanwaltschaft. Österreichische Staatsdruckerei Wien 1989
- Köbler, Gerhard: Zielwörterbuch europäischer Rechtsgeschichte, Arbeiten zur Rechts- und Sprachwissenschaft Verlag GmbH, Deutschland. 2004
- Korosec, Ingrid: Die Arbeit der Volksanwaltschaft, Holzhausen Verlag Wien 2001
- Kucsko-Stadlmayer, Gabriele: Europäische Ombudsman Institutionen, Springer-Verlag/ Wien 2008
- Kucsko-Stadlmayer, Gabriele: European Ombudsman Institutions, Springer-Verlag/ Wien 2008

- Marcic, René: Vom Gesetzesstaat zum Richterstaat. Recht als Mass der Macht, Gedanken über den demokratischen Rechts und Sozialstaat.– Verlag Springer. Wien 1957
- Schönherr, Fritz: Sonderausgabe Nr.46 „Volksanwaltschaft“ erzählt. Verlags Manz 1977

Dissertation:

- Legrand, A.: “L’Ombudsman scandinave” Etude Comparées sur le Contrôle de l’administration. Paris: Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence. 1970

Wörterbücher:

Einsprachig: Deutsch

- Alpmann Brockhaus, Fachlexikon Recht, herausgegeben von den Verlagen Alpmann & Schmidt Juristische Lehrgänge GmbH & Co KG, Münster; Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim, 2004 E D C B A
- Brockhaus, RECHT: das Recht verstehen, seine Rechte kennen, LEXIKONREDAKTION DES VERLAGS F.A. BROCKHAUS GmbH, Leipzig-Mannheim Deutschland. 2005
- Creifelds, Carl: Rechtswörterbuch 19 Aufl. Verlag C.H. Beck München 2007
- Creifelds, Carl : Rechtswörterbuch 19 Aufl. Verlag C.H. Beck München 2004
- Deutsches Rechtlexikon: Band 1 C.H. Beck’sche Verlagsbuchhandlung München 1992
- Duden: Deutsches Universalwörterbuch, bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim 2007
- Keil / Bezemek: Leg Cit. Leitfaden für juristisches zitieren. Springer Verlag Wien 2009.
- Köbler, Gerhard, Etymologisches Rechtswörterbuch, Tübingen: Mohr, 1995
- Köbler, Gerhard, Juristisches Wörterbuch, Verlag Franz Vahlen München, 1999
- Österreichisches Wörterbuch: Herausgegeben im Auftrag des Bundes Ministeriums für Bildung, Wirtschaft und Kultur. Öbvht wien 2006
- Russwurm & Schoeller: Österreichisches Rechtswörterbuch. Wien Juridica – Verlag, 1997

Einsprachig: Englisch

- A Dictionary of Law. by Jonathan Law and Elizabeth A. Martin. Oxford University Press 2009 Oxford Reference Online. Oxford University Press. 2009
- Black's Law Dictionary, Bryan A. Garner, Editor in Chief . West Publishing CO. USA 2004
- Oxford Advanced Learner's Dictionary. Oxford University Press 1995
- Random House, Random House Webster's Unabridged Dictionary – Second Edition, Random House Inc. New York, 1997
- The Concise Oxford English Dictionary, Tenth edition revised. Oxford University Press, 2002
- The Concise Oxford English Dictionary, Twelfth edition. Oxford University Press, 2008. Oxford Reference Online. Oxford University Press. 2009
- The Concise Oxford of current english. Clarendon Press Oxford 1995
- The New Oxford American Dictionary, second edition. Ed. Erin McKean. Oxford University Press, 2005. Oxford Reference Online. Oxford University Press. 2009
- The Oxford Dictionary of English (revised edition). Oxford University Press, 2005. Oxford Reference Online. Oxford University Press. 2009
- World Encyclopedia. Philip's, 2008. Oxford Reference Online. Oxford University Press. 2009

Zweisprachige Wörterbücher: Deutsch-Englisch:

- Dictionary of Legal and Commercial Terms, Romain/ Bader/ Byrd. C.H. Beck'sche Buchdruckerei, Deutschland 2000
- Langenscheidt Handwörterbuch Englisch. La tipografica Varese S.p.A. Italy 2005
- Rechtsenglisch. Rechtswörterbuch für jedermann. Gerard, Köbler, Verlag Vahlen 2001

Einsprachig: Französisch

- Guide du langage juridique, Sébastien Bissardon, LexisNexis SA-2009
- Le Petit Robert: Dictionnaire de la Langue Française, Dictionnaires Le Robert – Paris juin 2000
- Lexique des termes juridiques 2010, Serge Guinchard; Editions Dalloz 2009
- Vocabulaire juridique Gérard Cornu, Presse universitaire de France 1998

Zweisprachige Wörterbücher: Deutsch-Französisch:

- Langenscheidts: Handwörterbuch Französisch; C.H. Beck'sche Buchdruckerei, Deutschland 2000
- Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache, Doucet/Fleck; Verlag C.H. Beck OHG, München, 2002

Internetseiten:

www.aeiou.at
verantwortlich für den Inhalt:
Verlagsgemeinschaft Österreich-
Lexikon:
A-1010 Wien, Schwarzenbergstraße
5

www.ccomptes.fr
verantwortlich für den Inhalt:
Cour des comptes
13 rue Cambon
75001 Paris

www.droits-libertes.org/
verantwortlich für den Inhalt:
AGARIK SA
112, boulevard de Verdun
92400 Courbevoie

<http://eca.europa.eu>
verantwortlich für den Inhalt:
European Court of Auditors
12, rue Alcide De Gasperi
L-1615 Luxembourg

www.europe-politique.eu
verantwortlich für den Inhalt:
Laurent Boissieu, journaliste
politique

<http://dictionary.lp.findlaw.com>
Find Law for legal professionals on-
line law dictionary
verantwortlich für den Inhalt:
FindLaw a Thomson Reuters
Business
FindLaw Copyright Services,
610 Opperman Drive
Eagan, MN 55123

www.hmcourts-service.gov.uk
verantwortlich für den Inhalt:
Her Majesty's Courts Service
Customer Service Unit
Post Post 1.40, 1st Floor, 102 Petty
France, London SW1H 9AJ

www.larousse.fr
verantwortlich für den Inhalt:
Éditions Larousse
Siège social : 21, rue du Montpar-
nasse - 75006 Paris - France.
Directeur de la publication : Isabelle
Jeuge-Maynard

www.law.ualberta.ca/centres/ioi
verantwortlich für den Inhalt:
International Ombudsman Institute
General Secretariat c/o Austrian
Ombudsman Board
Singerstrasse 17 A-1015 Vienna

www.mediateur-republique.fr
verantwortlich für den Inhalt:
Le Médiateur de la République
6 rue Saint Florentin
75008 Paris, France

www.nao.org.uk
verantwortlich für den Inhalt:
National Audit Office
151 Buckingham Palace Road
Victoria, London
SW1W 9SS
United Kingdom

www.ombudsman.europa.eu
verantwortlich für den Inhalt:
Médiateur européen
1 avenue du Président Robert
Schuman
CS 30403 F-67001 Strasbourg Ce-
dex
France

www.opsi.gov.uk
verantwortlich für den Inhalt:
Office of Public Sector Information
Part of the National Archives
London Office
102 Petty France, London SW1H
9AJ

www.parlament.gv.at
verantwortlich für den Inhalt:
Republik Österreich
Parlamentsdirektion
Dr. Karl-Renner-Ring 1-3
1017 Wien

<http://www.ombudsman.org.uk>
verantwortlich für den Inhalt:
The Parliamentary and Health Ser-
vice Ombudsman
Millbank Tower, Millbank, London,
SW1P 4QP

www.un.org/ombudsman
verantwortlich für den Inhalt:
Office of the United Nations Om-
budsman
Grand Central Station
New York, NY 10163

www.volksanw.gv.at
verantwortlich für den Inhalt:
Volksanwaltschaft 1015 Wien,
Singerstraße 17

www.vfgh.gv.at
verantwortlich für den Inhalt:
Verfassungsgerichtshof der Republik
Österreich,
Judenplatz 11,
1010 Wien.

www.comite-constitutionnel.fr
verantwortlich für den Inhalt:
Responsable information : Mathilde
Arnavon
Comité de réflexion et de proposition
sur la modernisation
et le rééquilibrage des institutions de
la Ve République
55 rue Saint-Dominique
75007 Paris, France

www.police.homeoffice.gov.uk
verantwortlich für den Inhalt:
Office of Public Sector Information.
Information Policy Team:
St Clements House 2-16
Colegate, Norwich, NR3 1BQ

IV. Abstract

Diese Diplomarbeit ist eine übersetzungsbezogene Terminologearbeit, welche die Institution des Ombudsman, insbesondere im Vereinigtem Königreich, Frankreich und Österreich, als Grundlage verwendet.

Die Arbeit gliedert sich in einen Fachteil und ein Glossar. Im Fachteil wird zuerst allgemein die Bezeichnung dieser Institution, die historische Entwicklung sowie Zweck und Funktion des parlamentarischen Ombudsman präsentiert. Im Anschluß daran wird näher auf die einzelnen Institutionen im Vereinigten Königreich, in Frankreich und in Österreich eingegangen.

In den Abschnitten dieser Arbeit, die sich mit den Institutionen der drei verschiedenen Staaten beschäftigen, werden zunächst die unterschiedlichen Aspekte der einzelnen Benennungen präsentiert sowie die Geschichte, die Struktur und der Tätigkeitsbereich der jeweiligen Ombudsman-Institutionen erörtert. Anschließend wird näher auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Einrichtungen eingegangen.

Den letzten Abschnitt des Fachteils nimmt die Terminologiewissenschaftliche Analyse ein, in deren Folge die sprachlichen Aspekte und sprachlichen Traditionen dieser Institution präsentiert werden.

Basierend auf diesen Fachteil wird anschließend ein Glossar in Deutsch, Englisch und Französisch angeführt.

Abstract English

This paper is a glossary based on a text presenting the Ombudsman Institution, especially in the United Kingdom, France and Austria.

The paper is organised in two main parts. The first main part presents the Parliamentary Ombudsman Institution in general, concentrating on the name of the institution, its history and its function. It then goes in to the details of the Ombudsman Institution in the United Kingdom, France and Austria.

The parts dedicated to the Ombudsman Institutions in the three countries elaborate the aspects of the name of the institution, the history and the structure as well as the field of action in the respective countries, concluding in a comparison between the three Ombudsman Institutions.

The object of this paper is elaborated in the last part of the text, which concentrates on the analysis of the terminology, the linguistic aspects and linguistic traditions of this organisation.

The second main part of the paper is a glossary in German, English and French of the terms presented in the first main part.

V. Lebenslauf

Geboren 12.09.1980 in Wien
Als Staatsbürgerin Österreichs und Spaniens
magdalenadetornos@gmail.com

Ausbildungen

2000-2009 – Universität Wien: **Übersetzung**
2007-2008 – Ausbildung zum **Rettungssanitäter**
2002-2006 – Künstlerische Volkshochschule, Wien: **Fotografie**
1999-2000 – Malteser **Sanitäter- und Krankenpflegerausbildung**, Wien
1985-1998 – Internat Cours St Dominique (Frankreich)

Auszeichnungen

Magisterstudium Abschluss voraussichtlich im November 2009:
Übersetzerausbildung in den Sprachen: Französisch, Deutsch und Englisch
an der Universität Wien.
Rettungssanitäter bestanden Juni 2008
Cambridge Certificate of Proficiency bestanden Juni 2003.
Baccalaureat Francais: Reifezeugnis bestanden 1998 mit Auszeichnung.

Sprachkenntnisse

Französisch, perfekt in Wort und Schrift (Bildungssprache)
Deutsch, perfekt in Wort und Schrift (Muttersprache)
Englisch, perfekt in Wort und Schrift
Spanisch, Grundkenntnisse.

Berufserfahrung

Seit 2006 Übersetzungen auf Honorarbasis (z.B. für die
Volksanwaltschaft), Organisation verschiedener
Events.
04/06 bis 08/06 **Volksanwaltschaft Wien** Organisation des IOI-European
Ombudsman Meeting im Juni 2006, sowie Übersetzungen
und Verwaltungsangelegenheiten.
2005 & 2007 Telemarketing bei der Firma **Motrada**
2003 Februar Praktikum bei **DMS** Dynamic Marketing Services Paris,
Frankreich
seit 2001 Qualitätskontrollen bei Fluggesellschaften, Flughäfen, Duty
free und L'Oréal.
2001-2004 **Akzent Theater**, Wien. Catering, Saaldienst (Einlass,
Sicherheit, Koordination)
Seit 2000 **Malteserhospitaldienst** Wien (Ehrenamtlich):
Krankenpflege, Krankentransporte, Erste Hilfe
Vortragender, Einsatzfahrerin (Euro 2008). Organisation
und Einsatzleitung von Ambulanzen für die VDMFK in
Österreich 2007, Argentinien Oktober 2009, Mexico April
2010
2001-2003 Referentin für Breitenausbildung

Neben dem Studium

Pfadfinderführerin in Frankreich 1997-2001, in Österreich 2001- 2004;
Führerausbildung in Österreich und Frankreich (BAFA),
Koordination bei einem internationalem Jamborette.

Publizistik Abgelegte Prüfungen aus dem 1. Abschnitt